

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sontage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 16. Juli. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Dem Kreisgerichtsrath Renouard de Gerville zu Lucken den Roten Adler-Orden vierter Classe, dem Schullehrer Johann Gottlieb Hoeßig zu Gießhübel im Regierungsbezirk Legnitz das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Schreiner Egidius Jentges zu Altenburg im Kreise Monrovia die Rettungsmedaille am Bande; ferner dem akademischen Künstler Lorenz Rauch in Berlin das Prädikat eines K. Hof-Graveurs, sowie dem Hutmachermeister Julius Albert Theodor Herrmann hier selbst (in Firma Eduard Noack) das Prädikat eines K. Hof-Hutmachermeisters; und dem Badermeister Spöhl zu Königsberg in Pr. das Prädikat eines K. Hof-Bädermeisters zu verleihen; endlich dem Präses der Gewehr-Revisions-Kommission zu Sömmerda Hauptmann von der Armee Krauppi, die Erlaubnis zur Anlegung des von den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen Durchlauchten ihm verliehenen Ehrenkreuzes zweiter Classe, dem Mittenteuer a. D. von Legat zu Frankfurt a. M., zuletzt Premer-Lieutenant von der Kavallerie 2. Aufgebots des 2. Bataillons (Brühl) 2. Rheinischen Landwehr-Regiments Nr. 28, zur Anlegung des von den Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen Durchlaucht ihm verliehenen Ehrenkreuzes dritter Classe und dem Direktions-Ajutteur und Mitgliede der Gewehr-Revisions-Kommission zu Sömmerda Premier-Lieutenant Boehm, à la suite des 1. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 25, zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Altenburg Hoheit ihm verliehenen Verdienstkreuzes des Herzogs von Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Der K. Bau-Inspektor Hessel zu Reichenbach, Regierungsbezirks-Breslau, ist zum K. Ober-Bau-Inspektor ernannt und demselben die Ober-Bau-Inspektorstelle zu Oppeln verliehen worden.

Der K. Land-Baumeister Kruse zu Aachen ist zum K. Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektorstelle zu Bielefeld verliehen worden.

Der bisherige Kreisrichter Klein zu Schweid ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Comis und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Comis, ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Dienstag 15. Juli. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten aus Bombay vom 27. Juni melden, daß in einem Treffen zwischen der Besatzung von Herat und den Truppen Dost Mohammeds, Letzterer einige bedeutende Anführer verloren habe.

London, Dienstag 15. Juli, Mittags. Nach Berichten aus New York vom 7. hat General Mac Clellan in einer Proklamation an die Truppen ausgesprochen, daß Richmond fallen werde, es komme weder auf die Zeit noch auf den Preis an; die Union werde aufrecht erhalten bleiben. Die Gouverneure aller Nordstaaten haben Proklamationen erlassen, in welchen sie Truppen fordern. — Die Journale des Südens behaupten, daß 12,000 Mann Bundesstruppen zu Gefangenem gemacht und daß alles Belagerungsgeschütz Mac Clellans und Provision, die für die Südarmye drei Monate ausreichen werde, genommen worden seien. In Richmond ist alles illuminiert worden.

Deutschland.

Preußen. [Berlin, 15. Juli. Vom Hofe; Verschiedenes.] Bei der heutigen Abreise des Kronprinzen nach Stettin waren der hiesige Bahnhof und der Salonnwagon mit Laubgewinden, Blumen und Kränzen festlich geschmückt. Ein gleiches Festgewand hatten die Stationsorte und Stettin selber zur Begrüßung und zum Empfang des Statthalters von Pommern angelegt. Am 21. Abends ist der Kronprinz schon wieder von Königsberg in Potsdam zurück. — An gut unterrichteter Stelle wurde mir heute die Nachricht bestätigt, daß der Prinz von Wales auf der Yacht „D Osborne“ und begleitet von einem Theil der Kanalflotte eine Fahrt auf der Ostsee machen und dem dänischen Hof einen Besuch abstatten werde, um sich bei dieser Gelegenheit mit der Prinzessin Alexandrine von Dänemark zu verloben. Wie es heißt, hat der Bruder unserer Kronprinzessin auch dem hiesigen Hof einen kurzen Besuch zugesagt. — Der Kultusminister v. Mühlner ist bereits heute Abends mit den Geheimräthen Kerner und Lehnert zu den Universitätsfestlichkeiten nach Königsberg abgereist. — Gestern Abends ließ Herr v. D. Hecht seine Kollegen in das Finanzministerium rufen und fand dort ein Ministrerrath statt, welcher von 7—11 Uhr dauerte. — Wir hatten heute eine tropische Hitze und befürchten schon wieder ein Gewitter; doch blieb dasselbe zur allgemeinen Freude bis zur Stunde aus.

[Tagesbericht.] Neuerem Vernehmen nach fordert die Regierung für die außerordentlichen Bedürfnisse der Marine pro 1862 die Summe von 1,400,000 Thlr.; darunter gegen 250,000 Thlr. für Hafensbauten; es soll der Bau von drei (wohl nur kleinen) Panzerbooten in Aussicht gestellt sein. — Wegen des Artikels „Untergang der Amazon“ in der „Gartenlaube“ soll gegen die Redaktion von hier aus ernstlich vorgegangen werden. Sollte ein Einverständniß mit der sächsischen Regierung in dieser Angelegenheit nicht erzielt werden können, so dürfte wohl nach vorausgegangener gerichtlicher Procedur das Verbot der „Gartenlaube“ für Preußen und mindestens die Postdebitentsziehung ausgeprochen werden. So erzählte man sich heute in Abgeordnetenkreisen.

Wie wir hören, sagt die „Korr. Stern“, werden auch einige Offiziere des Ingenieurkorps und der Marine im offiziellen Auftrage nach London gehen, um über in das militärische Fach schlagende Maschinen, welche dort jetzt ausgestellt sind, Bericht zu erstatten. — Wie die „B. Z.“ hört, ist gegen die Inssterburger Richter nunmehr durch Beschluß des Appellationsgerichts zu Inssterburg auf Antrag des Oberstaatsanwaltes vom 5. Juni d. J. die formelle Disciplinaruntersuchung eingeleitet, weil die betreffenden

Insette
(1½ Sgr. für die fünfgepal-
tete Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

den Richter durch Veröffentlichung des Protestes gegen den Wahlvertrag des Justizministers hinlänglich belastet erschienen, daß sie dem Justizminister, ihrem obersten Vorgesetzten gegenüber ein ungebührliches Verhalten an den Tag gelegt hätten.

[Prozeß.] Bei der 4. Deputation des Kriminalgerichts stand heute ein Termin an zur Verhandlung über die event. Verurteilung der Broschüre „Berliner Polizei-Silhouetten von Wilhelm Eichhoff, III. und IV. Serie. London 1861“ und „Was das preußische Volk erwartet. Von W. Eichhoff. Berlin 1861.“ Diese Broschüren waren unmittelbar nach dem Erscheinen, zum Theil sogar vor Hinterlegung des Pflichtexemplars in vielen Exemplaren hier verbreitet worden und es haben verhältnismäßig viel Beschlagnahmen stattgefunden. Die Broschüren sind intrümmt, weil in denselben wiederholt Beleidigungen von Beamten und Behörden, Anreizung von Angehörigen des Staates zum Haß und Verachtung gegen einander, Schmähungen von Anordnungen der Obrigkeit und Verlegung der Churfürst gegen Se. Maj. den König, enthalten sind. Eine Untersuchung gegen den Verfasser hat nicht eingeleitet werden können, weil derselbe flüchtig ist. Von 9 vorgeladenen Beschlagnahmen-Interessenten war im Audienztermine nur einer erschienen. Für die Verhandlung der Churfürstsverlegung gegen Se. Maj. den König wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit ausgeschlossen und es wurde, während der Verlesung der Schriftstücke, die Tribüne geräumt. Nach Feststellung der stattgehabten Verbreitung der intrümmt Broschüren erkannte der Gerichtshof auf Verurteilung derselben. In den Urtheilsgründen wurde ausgeführt, daß die Broschüren unzweifelhaft strafbar seien und daß Eichhoff zwar als Vorkämpfer und Sachwalter gewisser, angeblich verrotteter Zustände unseres Staats, als ein großer Reformator angesehen werden sollte, daß es aber den Schmähblättern zu viel Chreanthus hieße, wenn man denselben solche Motive unterlegen sollte. Es gebe kein zweites Preserzenstück, welches mit diesen Pamphleten verglichen werden könne. In diesen Broschüren würden die Beamten des Staats in gemeiner Weise mit Roth beworfen; sie seien in einer Weise geschrieben, die niemehr einer guten Sache dienen könne. Das Gericht hat auf Verurteilung der ganzen Broschüren erkannt, weil die nicht strafbaren Stellen doch im Zusammenhange mit den strafbaren ständen.

[Anzug, 14. Juli. [Marine.] Der von Konstantinopel zurückgekehrte Dampfsaifo „Loreley“ ist heute wohlbehalten auf der hiesigen Rhede eingetroffen. Die Mannschaft soll nach kurzer Rast zur Überführung des „Adler“ benutzt werden. — Die Brigg „Hela“ antert neben der „Gazelle“ auf der Rhede, nachdem die von Berlin eingetroffenen Seefahretten eingeschiff sind, und wird bei günstigem Winde zunächst nach Kronstadt segeln. (D. D.)

Stettin, 15. Juli. [Se. K. Hof. der Kronprinz] traf heute Morgen 10½ Uhr hier ein; Nationenhäuser verkündeten die Ankunft des Zuges auf dem Bahnhofe. Die offiziellen Begrüßungen im Empfangsgebäude nahmen nur kurze Zeit in Anspruch und bereits 10¾ Uhr langte Se. K. Hoheit im Schloß an. Die Straßen vom Bahnhofe dorthin sind mit zahlreichen Mastbäumen, von denen kleine Bimpel und Fähnchen wehen, mit Girlanden &c. geschmückt. Zwischen dem Lazareth und dem Proviantgebäude befindet sich die reich und geschmackvoll mit Topfgewächsen &c. dekorirte Chreuforte. Die Häuser längs des Weges sind gleichfalls mit Teppichen, Laubgewinden, Fahnen &c. geschmückt. Auch von den Konstulargebäuden und von vielen Häusern in den übrigen Straßen wehen Fahnen (auf dem Börsegebäude neben der preußischen auch die deutsche) und sämtliche Schiffe im Hafen haben geflaggt. Se. K. H. wurde überall mit „Hurrahs“ begrüßt. (Ostf. 3.)

Hessen. [Homburg, 10. Juli. [Zur Aufhebung der Spielbank.] Sicherem Vernehmen nach ist, wie die „A. Z.“ von hier erfährt, gestern in einer Plenarsitzung des Regierungskollegiums der vom Regierungsrath Wiesenbach gestellte Antrag auf Aufhebung hiesiger Spielbank der Gegenstand längerer Verhandlung gewesen, ein Beschluß aber noch nicht gefaßt worden. Man erzählt sich, der Stadtrath von Homburg habe durch eine Deputation an den Landgrafen die Bitte um Abwendung der aus der Durchführung der beantragten Maßregel für den Badeort entstehenden Gefahr gerichtet, und will den Schlüssel zu diesem Vorgehen des Magistrats darin finden, daß der Spielbankhalter den Betrag der von der Spielbank jährlich zu entrichtenden städtischen Steuer freiwillig um eine sehr beträchtliche Summe, wie man sagt, von 1000 auf 1500 Thl. zu erhöhen sich bereit erklärt habe. Sicher ist, fügt die Korrespondenz hinzu, daß von Seite der Altonäre Alles ausgetragen wird, dem drohenden Geschick zu entgehen.

Mecklenburg. Rostock, 11. Juli. [Das achte mecklenburgische Sängerfest] hat am heutigen Tage hier dem Programm gemäß begonnen. Da durch die Bestimmungen des Sonntagsgesetzes, wonach öffentliche Aufzüge an Sonntagen nicht stattfinden dürfen, eine Inhibition des Festzuges von Seiten der Behörden in Aussicht gestellt war, so hatte sich das Festkomitee mit der Bitte um Dispensation von jenen Bestimmungen auf telegraphischem Wege an den bekanntlich jetzt in London weilenden Großherzog gewendet. Heute Nachmittag traf auf diese Bitte, wie die „Rost. Ztg.“ mittheilt, das nachfolgende Telegramm hier ein: „London, 11. Juli. Professor Karsten-Rostock. Auf Befehl Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs. Der Festzug ist erlaubt und hat dies Telegramm den Behörden als Befehl zu dienen. General-Konsul Kreest.“

Frankreich. Paris, 13. Juli. [Tagesbericht.] Der Kaiser hat bekanntlich bisher stets absichtlich vermieden, am Napoleonstage in der Hauptstadt zu sein. In diesem Jahre soll er, wie man hört, eine Ausnahme zu machen beabsichtigen, um der Welt eine neue Überraschung zu bereiten, die nach den Einen in einer politischen Rede an das diplomatische Corps, nach Anderen aber in liberalen Konzessionen bestehen würde. — Für die Heirath des Königs von Portugal mit der Prinzessin Pia interessiert sich der Kaiser in hohem Grade; er hat jedoch bei einem der ersten

hiesigen Juweliere einen prachtvollen Diamantschmuck bestellt, den er der französischen Braut verehren wird. — Von den 40 französischen Bischöfen, die nicht in Rom waren, haben bis jetzt nur erst sechs ihren nachträglichen Beitritt zu der römischen Adresse erklärt. Im Kriegsministerium organisiert man gegenwärtig für die mexikanische Expedition eine topographische und photographische Brigade, die ausschließlich aus Offizieren des Generalstabs zusammengesetzt wird. — Aus Algier ist die Nachricht eingetroffen, daß am 6. d. M. ungefähr 1800 Mann Truppen auf dem Transportschiff „Finisterre“ in den Linienschiffen „Eylau“ und „Imperial“ nach Mexiko eingeschiff worden sind. — Ein außerordentlicher Abgeandter des Fürsten Michael von Serbien hat vor einigen Tagen dem Kaiser ein eigenhändiges Schreiben des Fürsten gebracht; jetzt verläßt er Paris, um sich nach Petersburg zu begeben, wo er die gleiche Mission zu erfüllen hat. — Von Octave d'Assailli ist unter dem Titel: „Les chevaliers poètes de l'Allemagne au 12e et 13e siècles“ bei Didier eine Übersetzung der Lieder der deutschen Minnesänger erschienen, durch welche die Franzosen in das literarisch-ritterliche Treiben des deutschen Mittelalters eingeweiht werden. — Ein Schiffskapitän von Bordeaux hat kürzlich von einer Fahrt an der afrikanischen Küste eine Pflanze mitgebracht, deren Name noch ein Geheimnis ist. Es soll sich auf chemischem Wege aus derselben ein die Baumwolle vollkommen ersetzender Stoff gewinnen lassen. Einige Stück daraus gewebten Zeugess wurden fürlich dem Kaiser vorgelegt. Sie sollen ebenso fein und noch dauerhafter, als Baumwolle sein, und 50 bis 60 pCt. wohlfeiler zu stehen kommen. Die Pflanze soll in Afrika, sowie in Nord- und Südamerika häufig vorkommen, und sehr geeignet zum Aufbau in Algerien sein.

[Die Anerkennung des Königreichs Italien.] Die neuesten Pariser und Brüsseler Blätter melden sämtlich Italiens bedingungslose Anerkennung durch Preußen. Die „Opinion Nationale“ widmet dem Schritte Preußens bereits einen Leitartikel, in welchem folgende Gesichtspunkte hervorgehoben werden: das Königreich Italien ist nunmehr von vier Großmächten anerkannt, ferner von Schweden, Dänemark, Holland, Schweiz, Belgien, Portugal, Griechenland und Irland, von allen amerikanischen großen und kleinen Staaten, so wie von Tunis und Marokko; nach Preußens Vorgänge wird die Anerkennung der deutschen Staaten, die um Preußen gravitiren, rasch folgen, so daß dann nur noch Österreich, Spanien und Bayern, vielleicht auch noch Württemberg und einige andere Habsburger Thronen zurückbleiben. Von den 275 Millionen Bewohnern Europa's, darunter 125 Millionen Katholiken, haben die Regierungen von mehr als 200 Millionen, darunter 75 Millionen Katholiken, Italien, obwohl in dessen Programm Rom als Hauptstadt steht, anerkannt; rechnet man aber noch die Katholiken in den amerikanischen Staaten hinzu, so bleibt nur eine schwache Minorität solcher, welche den Kirchenstaat hergestellt wissen wollen. Die „Opinion Nationale“ zieht hieraus den Schluss, daß es für Frankreich nunmehr die höchste Zeit sei, von Rom abzuziehen, denn ein Handstreit der Aktionspartei auf Rom würde Frankreichs Popularität in Italien den Todesstoß versetzen, weil die Besatzung in einen Kampf verwickelt werden könnte, der nur Österreichs Interessen Vortheil brächte. Dass die Aktionspartei in Genf seit vorigem Monate im Besitze von 2 Millionen Francs ist, die ihr aus London zugingen, hat der „Esprit Public“ gemeldet, und die „Opinion Nationale“ fügt hinzu, diese Nachricht sei ganz geeignet, Frankreich zu denken zu geben.

[Eine Adresse an den Kaiser.] Eine mit 2000 Unterschriften versehene Adresse, welche die Arbeiter von Bourges dem Kaiser überreicht haben, steht heute wörtlich im „Moniteur“ abgedruckt. Es ist eine Dankfahig für alles das Gute, was Napoleon III. seit 10 Jahren dem Lande erwiesen, und für allen den Glanz, den er dem französischen Namen in der Welt wiedergegeben: „Für die gerechte Sache unternommene und glorreich beendete Kriege haben uns allen Mächten vorangestellt und unsere Tropole höherhoben, die jetzt eben so geachtet und eben so gefürchtet ist, wie sie es unter der Regierung Ihres Oheims war, dessen unsterblicher Schatten auf Ihre Erfolge mit Recht stolz sein muß. Durch kluge und stets noble Politik haben es Em. Majestät dahin gebracht, daß Ihre hohe Weisheit gegenwärtig die Geschicke Europa's und selbst die anderer Welttheile in der Wagschale hält.“

[Italien.] Turin, 11. Juli. [Tagesnachrichten.] Die päpstliche Regierung weigert sich, der römisch-neapolitanischen Eisenbahngesellschaft die Autorisation zum Betriebe der vollendeten Linie von Rom nach Ceprano zu gestatten. Der vor den römischen Gerichten anhängig gemachte Prozeß kommt schon seit längerer Zeit nicht von der Stelle. Da nun aber in Kurzem die Strecke von Neapel bis Ceprano dem Verkehr übergeben werden kann, so wird die Regierung, welcher der von dem neapolitanischen Gouvernement eingegangene Vertrag überkommen ist, ein Wort mitsprechen und nachdrücklich die Forderungen der Gesellschaft unterstützen. — Es scheint jetzt gewiß, daß General Durando für die russische Gesellschaft bestimmt ist und vielleicht schon in der nächsten Woche abreisen wird. Der General hat schon längst den Wunsch gehabt, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wieder abzugeben. — Der „Pungolo“ von Neapel versichert auf die Aussage Nicotera's hin, daß weder Garibaldi, noch irgend ein anderes Mitglied der Aktionspartei zu Anwerbungen eine Ermächtigung ertheilt habe. — In Neapel zirkuliert ein Brief von Lucian Murat, der Veranlassung zu der Verhaftung des Herzogs di Avalos gegeben hat. Ob dieser Brief echt oder falsch ist, muß die Untersuchung zeigen; jedenfalls legt er die Absichten einer gewissen, aber doch sehr kleinen Partei an den Tag. Turin, 14. Juli. [Garibaldi in Palermo.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellierte Alfieri und Boglio den Ministerpräsidenten über die Anwesenheit Garibaldi's in Sizilien und über die Rede, in welcher derselbe in Gegenwart des Präfekten öffentlich gegen den Kaiser von Frankreich Befreiungen ausgesprochen. Sie fragten, ob die Regierung Maßregeln ergreifen habe, um Handlungen

und Angriffe Einzelner zu verhindern, die der Art seien, daß sie die vollständige Einigung des Vaterlandes kompromittieren. Die Interpellation wurde von Beifall begleitet. Crispi machte Bemerkungen zu Gunsten Garibaldi's und suchte die Wirkung der vorstehenden Reden zu schwächen. Der Ministerpräsident bedauerte die beleidigende Sprache Garibaldi's gegen den Kaiser. Die Reise nach Sizilien sei ohne Vorwissen der Regierung unternommen worden. Es sei eine Depeche an den Präfekten von Palermo expediert worden, in welcher er aufgefordert wird, sich über seine Anwesenheit während der Rede zu erklären. Die Regierung werde Maßregeln ergreifen, um Versuche zu verhindern, welche die Sicherheit des Staates gefährden könnten. Die Journale, welche die Rede Garibaldi's brachten, sind saisiert worden. Man versichert, daß der Präfekt von Palermo seine Demission genommen habe. Der französische Konsul in Palermo hat gegen die Rede Garibaldi's Protest eingelegt. (Tel.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 10. Juli. [Stimmung; die Südslaven.] Es sind nicht die angenehmsten Eindrücke, unter denen wir jetzt hier leben und natürlich sind es die täglichen Nachrichten aus Warschau, welche unsere politischen Kreise sehr trübe stimmen. Die so kurz auf einander gefolgten Mord-Attentate, — die an den Offizieren des IV. Scharfschützen-Bataillons (es steht beim II. Armeekorps) unter Kriegsgefecht vollzogene, bisher bei uns selten zur Annwendung gebrachte Todesstrafe, — die, wie es scheint, ganz vergebliche Mühe, Polen durch verhöhnliche Maßregeln zu gewinnen, — das Alles drückt auf die augenblickliche Stimmung und läßt eigentlich noch trüber in die Zukunft sehen. Am peinlichsten wirkt aber jede Nachricht von Bewegungen bei den außer-russischen Südländern der Türkei und der Donauländer auf jeden Weitersehenden, eben weil sie zündend auf den Russen im Allgemeinen wirkt. Nichts scheint der Regierung ungelegen zu kommen, als Verluste pan-slavistischer Ideen nach irgend einer Richtung hin zur Geltung zu bringen, weil sie sehr wohl erkannt hat, daß ihr daraus, namentlich inmittler der für das Innere begonnenen Reformen, nur Unannehmlichkeiten erwachsen können; und da man hier schon seit längerer Zeit Nachrichten aus Italien hat, daß in der That von Freisaaren, gleichviel ob ohne oder mit Garibaldi, eine Landung an der dalmatinischen Küste beabsichtigt wird, um von dort aus mit Hilfe der südslawischen Völkerschaften Österreich anzugreifen, so ist die Verlängerung der Zustände in Montenegro und der Aufstand einer nicht abzuhenden Bewegung in Serbien hier sehr ungelegen. Die religiösen und nationalen Sympathien des russischen Volkes kommen hier in den entschiedensten Konflikt mit den politischen Interessen der Regierung, und deshalb läßt sich die augenblickliche Lage in der That nicht gleichgültig ansehen. (A. P. Z.)

Aus Rußland, 10. Juli. [Das Attentat; Gesundheitszustand der Truppen; Witterung; Verschiedenes.]

Die Theilnahme, welche hier für den Großfürsten Konstantin in allen Schichten der Bevölkerung sich findet, ist ein Beweis, wie dieser Prinz durch seine liberalen Gesinnungen und sein Wirken für den Fortschritt die Sympathien überall für sich gewonnen und bereits eine Popularität erlangt hat, welche die Polen zu den größten Hoffnungen berichtet haben würde, wenn sie es verstanden, die Gelegenheit zu benutzen und nicht durch einen so gemeinen als plumpes Verbrechen die schönen Aussichten für sie selbst vernichtet hätten. "Man weiß nicht," sagt ein Petersburger Blatt über den Mordversuch in Warschau, ob man eine Nation bedauern oder verachten solle, welche zur Abrahmung einer selbständigen Freiheit und geregelten Gestaltung ihrer inneren Verhältnisse erst solche Mittel und Wege einschlägt, die einer Strafenjugend mehr als einer Nation gespielen, und nachdem sie sich in solchen tiefliegenden Demonstrationen unmöglich erschöpft, endlich zum Meuchelmord ihre Zuflucht nimmt und Menschen mörderisch anfällt, die ihr nichts zu Leide gethan, vielmehr deren Wohl im Auge hatten. Ein Trost bleibt nur noch, nämlich der, daß der Kern des Polenvolkes gewiß frei von jeder Schuld an den Mordversuchen sei, und die Gedanken zu solch ruchlosen und ganz unpolitischen Attentaten nur aus der Mitte einer Partei hervorgegangen sein können, welche, weit entfernt von dem edlen Nationalgefühl und dem Streben für das Wohl Polens, nur unlautere, selbstsüchtige Zwecke verfolgt und hierzu die schlechtesten Mittel nicht scheut. So fährt das betreffende Blatt fort, die politische Angelegenheit zu besprechen, und es muß zugegeben werden, daß man diese Stimme vollkommen als den Ausdruck der allgemein herrschenden Volksmeinung Russlands gelten lassen darf. Wie man neuerdings hört, soll es sich bestätigen, daß dem Kaiser Vorstellungen zugegangen seien, das Königreich aufzulösen und Polen als Provinz dem russischen Reiche einzubringen oder eine vierte Theilung desselben zwischen den drei Großmächten anzubauen. — Die Truppen im Lager bei Zarzloje-Selo erfreuen sich, trotz des fast seit drei Wochen anhaltenden Regenwetters eines befriedigenden Gesundheitszustandes. Der Enthusiasmus für den Kaiser ist

Heere und im Volke ist außerordentlich, und es ist rührend, wenn man die Bemühungen sieht, welche man überall an den Tag legt, um dem Monarchen Beweise von wahrer Anhänglichkeit und treuer Ergebenheit zu geben.

Als der Kaiser am 21. (alten Stils) auf dem Bahnhofe von der Menge mit Enthusiasmus begrüßt und ihm von einer Deputation der Abgebrannten Brot und Salz überreicht worden, wurde einem Polen, Namens Drwiski, welcher, in unmittelbarer Nähe des Monarchen stand, das Haupt nicht entblößt, von einem der Umstehenden der Hut vom Kopfe gerissen, und D. würde wahrscheinlich Würdhandlungen von Seiten des gereizten Volkes zu erfahren gehabt haben, wenn er nicht durch einen Adjutanten aus der Suite sofort in Schutz genommen und den Augen der Menge entzogen worden wäre. — Die Unordnungen unter der Bauernschaft der Durnower Güter, Gow, Wjatka, welche bereits seit längerer Zeit anhielten und auch in den angrenzenden Gutsverbänden Nachahmung gefunden hatten, sind endlich als beseitigt anzusehen.

Im Gow, Tula wurden zwei Individuen durch den Starosten eines Gutes verhaftet und abgeliefert, welche durch aufreizende Reden und Vorlesen einer, angeblich vom Kaiser selbst erlassenen Proklamation die Bauern zum Aufstand gegen den Adel anzuregen versucht hatten. Die Verhafteten, deren einer ein französischer Haarkünstler, der andere ein polnischer Uhrmacherhelfer aus Warschau ist, sollen gegen neinhundert Rubel in Bußgeld und eine Menge Exemplare aufregender Plakate bei sich gehabt haben, welche ihnen durch den Starosten abgenommen und von diesem an die Behörden abgeliefert wurden. — Die Winterung, sowie die Kartoffeln stehen im Petersburger Gouvernement fast gut; die Sommerung hat dagegen gelitten und besonders die Gerste fängt, in Folge anhaltender kalter Witterung, bereits an gelb zu werden. Der Graswuchs ist uppig und verspricht, wenn nur trockne und warme Tage eintreten wollten, einen guten Ertrag. Gestern wurde in Petersburg das Bud (40 Pf.) Hen mit 60—45 Kop. (20—15 Sgr.) bezahlt. — Die Beiträge für die Unterstützung der Abgebrannten zu Petersburg gehen noch zahlreich und ansehnlich ein, und zu den bereits vorhandenen Summen sind seit drei Tagen wieder namhafte Beiträge aus Moskau, Riga, Mitau, Revel &c. eingelaufen; ebenso hat die Prinzessin Helena 5000 Rubel eingesandt und 9356 R. S. sind durch den englischen Konsul von den Engländern zu Petersburg und Kronstadt eingezammt worden. Die Summe der bis jetzt eingegangenen Unterstützungen beträgt bereits über 1 Million R. S. — Heute lange mit dem Frühzuge ein Kurier mit Depechen aus Warschau hier an und brachte sich sofort vom Bahnhofe zum Kriegsminister. Die Hauptstadt bietet jetzt, da trotz der Ungunst des Wetters ein großer Theil der Honoriatoren theils ins Ausland gereist, theils auf die benachbarten Landstädte sich begeben, ein Bild der Ode, die noch dadurch mehr hervortritt, daß durch die Abreise Ihrer Majestäten in die Uralprovinzen auch des Hofes Lebendigkeit durch 10—12 Tage vermieden werden wird.

Warschau, 11. Juli. [Die Stimmung.] Die Worte des Großfürsten Konstantin, die Vorsehung habe der Nation Gelegenheit geben wollen, sich in ihrem wahren Lichte zu zeigen, scheinen zu Wahrheit zu werden. Die Illumination der Stadt hat, wie schon erwähnt, einen ersten Beweis dafür geliefert, daß man das Attentat verdammte. Der Großfürst hat den nach Belvedere beschiedenen Stadträthen Schlesker, General Lewinski und Schuhmacher Hispani für diesen Beweis der Sympathie gedankt; er versicherte, die verschärften militärischen Sicherheitsmaßregeln galten nur den "Rothen", er würde sich bald mit der Nation verstehen, aber die Herren müßten zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen. Zum Schuhmacher Hispani, der nur polnisch versteht, sprach der Großfürst polnisch.

Türkei.

Belgrad, 11. Juli. [Serbischer Protest.] Der türkische Dampfer, welcher die Donau heraufkommt, hat Munition und Proviant für die Festung Belgrad an Bord; die serbische Regierung hat dagegen protestiert und ihr Protest ist der Pforte durch die europäischen Konsuln (mit Ausnahme des österreichischen) übermittelt worden. Die "Temesvarer Zeitung" vom 10. Juli meldet übrigens aus Oriopa, in der Nähe des eisernen Thors sei „der türkische Kriegsdampfer „Silichia“ gefangen.“

Afrika.

Alexandrien, 26. Juni. [Aus Abhängen] verlautet, der „Donau-Zeitung“ zufolge, daß Kaiser Theodor seit dem Tode Plooden's und Bell's, welche einen großen Einfluß auf ihn ausübten, von Europäern keinen Rath mehr annehmen wollte und vielmehr wieder zum völkigen Barbaren geworden sei. So soll er unter Anderem Kriegsgefangene in der grausamsten Art behandeln, sie vor die Kanonen binden und in Ermangelung von Kugeln mit einer Ladung von Nageln, Eisenstücken &c.

H. M. Wanderungen durch die Gemälde-Ausstellung.

III.

Wir wenden uns um die zweite Zwischenwand und sagen den Italienern Ade. Unsere ehrenwerten Altordern, die Dürer, Holbein &c. henneln uns an, mit ihnen die stammverwandten Holländer und Niederländer.

In der Mitte der Wand fällt uns (Nr. 262) ein großes Abendmahl von Franz Floris (eigentlich de Vriendt) auf, Schüler des Lambert Lombard, niederländisch. Das Gemälde macht in seinen einzelnen Gestalten einen marfigen Eindruck, diese kraftvollen Gesichter mit den starken Zügen und teilweise von Pocken zerfressener Haut dokumentieren, daß es ein tüchtiger Pinsel war, der diese Gestalten auf die Leinwand fixierte. Und doch ist jedes Ganze verfehlt, wenn es nur durch die Einzelheiten wirken kann. So auch hier. Der Eindruck des Bildes in seiner Gesamtheit ist schwach, die Gruppierung voller Mängel, fast schülerhaft, der im linken Vordergrunde angebrachte Bäckerjunge mit seinen Semmeln lächerlich. Urnau ist auch der gute Apostel Jakobus, der sich ein Lorgnon vor das Auge hält, ein Anachronismus, in welchem gerade die Niederländer ganz außerordentlich geleistet haben. (Wir sahen vor zwei Jahren in Prag einen Johannes in der Wüste (niederländische Schule), der mit einem Taschendollond nahende Bedeutenschwäche mit vieler Aengstlichkeit betrachtete.)

Merkwürdig ist die Ähnlichkeit zwischen dem Petrus des Florischen „Abendmahl“ und dem Petrus von Lucas Cranach (dem bekannten Freunde Luthers und großen deutschen Maler, geb. 1472 † 1553), der etwas links darüber hängt. Beide haben einen ungemein kräftigen und trocken Ausdruck; das Einzige, was man tadeln könnte, ist das Verschmitzte, Schlaue, welches die Maler in die kleinen hellen Augen gelegt haben. Doch S. Peter war ja, wie das unzählige Legenden des Mit-

erschließen, bisweilen aber auch ihnen die Haut abziehen und diese aufzublasen lassen.

Amerika.

New York, 15. Juli. [Die Niederlage von Richmond.] Weitere Nachrichten melden, daß die Bundesstreitkräfte vor Richmond 95,000 Dienstfähige gezählt haben, während ihnen 185,000 konföderierte entgegenstanden. Der Verlust der Unionisten wird auf 10—30,000 Mann geschätzt. Die Bundesarmee hat sich 17 Meilen weit zurückgezogen und unter dem Schutz der Kanonenboote am James River verankert. Zwei unionistische Generale sind gefangen genommen. — Am 3. d. herrschte an der New Yorker Börse eine wahre Krisis. Fonds waren um 3—5 Proz. gewichen. Das Kommerzium hat der Regierung seine Unterstützung zugesagt. Die offiziellen Depechen gestehen nicht zu, daß die Bundesarmee geschlagen worden sei. — Der Graf von Paris und der Herzog von Chartres sind nach Europa zurückgekehrt. (Tel.)

Vom Landtage.

C. S. Berlin, 15. Juli. [21. Sitzung], um 10 Uhr 15 Minuten vom ersten Vicepräsidenten Herrn Behrend eröffnet. Die Tribünen sind gefüllt; auch in der Diplomatenlage erscheinen gleich Anfangs mehrere Herren. Am Ministerische: v. d. Heydt, General v. Noen, Graf Jenyplitz und Graf zur Lippe. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort der Kriegs- und Marineminister Herr v. Koontz. Die Staatsregierung ist ermächtigt, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die außerordentlichen Bedürfnisse der Marineverwaltung für das Jahr 1862 zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorzulegen. Meine Herren, es ist bekanntlich ein altes, begründetes Verlangen des Landtags, daß ein Flottengründungssystem vorgelegt werde, weil das Bedürfnis einer Erweiterung der preußischen Flotte allgemein gefühlt wird. Die Staatsregierung hat sich schon seit mehreren Jahren eingehend mit einem solchen Plane beschäftigt, und sie war im Begriff, den Plan zum Abschluß zu bringen, als jene merkwürdigen Veränderungen in der Technik des Schiffbaues eintaten, welche auch den Plan wesentlich verändert mussten. Es ist der Regierung unmöglich gewesen, einen abgeschlossenen Plan zur Erweiterung der Flotte festzustellen; die Fragen der Technik, welche auf die schließliche Fertigung des Planes von Einsturz führen, haben ihren Abschluß noch nicht erreicht. Nichtsdestoweniger ist das Bedürfnis evident, welches schon jetzt gewisse Schritte für die Marineverwaltung als geboten hinstellt, um die Erweiterung der Flotte vorzubereiten. Die allgemeinen Verhältnisse sind der Art, daß der Zeitverlust eines ganzen Jahres schwer wiegt; die Staatsregierung hat denn auch nicht gewartet, bis die Frage der Technik zum Abschluß gekommen ist, sondern sie hält es schon jetzt für ihre Pflicht, die Bedürfnisse für die Marineverwaltung zur Geltung zu bringen. Dies ist die Ursache, weshalb schon jetzt die Ansprüche der Marine erhoben werden, ohne einen Gründungsplan vorzulegen. Da übrigens die technischen Fragen sich aufzuladen anfangen, deren Lösung auf die künftige Klärsifikation von Einsturz hinausgezögert, so hofft die Regierung, schon in der nächsten Winteression, mit dem vollständigen Gründungsplan vorzutreten zu können. Ich gebe dem hohen Hause anheim, den Entwurf einer besonderen Kommission zu überweisen. Nach einer kurzen Diskussion zwischen den Abg. Krieger (Lüdenschede), v. Bockum-Dolffs, Harkort und Schulze (Berlin) tritt das Haus den Vorschlag des Ministers bei. — Der Justizminister Graf zur Lippe legt einen aus einem Paragraphen bestehenden Entwurf vor, betreffend die Initiation gerichtlicher Verfügungen durch die Post, im Anschluß an den Entwurf, betreffend die Aufhebung des Briefstempelgeldes. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für Handel nachträglich zu übergeben, und nicht bloß denjenigen für Handel und Gewerbe, denn es handelt sich um die Übernahme einer Zinsgarantie durch den Staat. — Der Abg. Kühne hat den Antrag gestellt, den Entwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Arnstadt den vereinigten Kommissionen für Finanzen und für

Souveränität nicht anerkennen. Das Gefühl für Recht und Sitte muss bei dem Volke wie beim Militär gleich stark sein. Ich will offen sein; ich habe in der Interpellation nur zwei Gründe angeführt, aber es gibt noch viel höhere, und es ließe sich ein Buch darüber schreiben. Die Kluft, die jetzt zwischen Militär und Volk besteht, ist seit 1848 in bedauerlicher Zunahme. Je mehr das Volk an der Verfassung hängt, desto mehr trennt man das Militär von ihr, je mehr Vertrauen das Volk zur Verfassung hat, desto mehr Misstrauen führt man im Militär dagegen zu erweden. Auch das Militär hat ein Recht an der Verfassung, die Zusammengehörigkeit desselben mit dem Volk wollen wir uns nicht vertrümmern lassen. (Bravo links!) Die Aufhebung der Militär-Gerichtsbarkeit ist ein wesentliches Erfordernis für unsere verfassungsmäßigen Zustände, besonders jetzt, wo man die Landwirthe zu beleidigen sucht. Wie 1809 das Soldnerheer den Staat zu Grunde gerichtet, hat 1813 das Volk und das Bolschart erneut aufgebaut, und doch hat in den letzten 12 Jahren sich die Kluft zwischen Militär und Volk bis zum Unheilblichen erweitert. Für ein radikales Uebel hilft nur ein radikales Heilmittel; ein solches ist die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Der Justizminister: Der Interpellant stellt die Behauptung auf, daß die durch Art. 4 der Verfassung gewährleistete Gleichheit vor dem Gesetze beeinträchtigt wird durch die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf andere als militärische und Disciplinar-Vergehen und Verbrechen. Die Erwähnung der Art. 4 und 37 der Verfassung geben genügend zu erkennen, daß die Militärgerichtsbarkeit bei uns verfassungsmäßig zu Recht besteht, auch hat dieselbe seit langer Zeit bei uns bestanden. 1809 und 1813 sind allerdings Beratungen über die Abchaffung gepflogen, damals hatte das Militär auch einen besondern Civilstand und dieser ward abgeschafft. Männer, wie der Kanzler von Schröder, Scharnhorst, Bösen und Bennig haben sich entschieden dafür ausgesprochen, daß die Militärgerichtsbarkeit in Strafsachen aufrecht erhalten werde. Darauf beruht das Gesetz von 1809 und die Militärgerichtsordnung von 1845. Eine Ungleichheit vor dem Gesetze würde nur eintreten, wenn die Strafbefreiungen für das Militär andere wären, wie für den Civilstand. Im Jahre 1851 sind die Kriegsartikel einer Revision unterworfen und das Gesetz vom 15. April 1852 mit Zustimmung des Kammerl. erlassen worden. Die Interpellation führt fort: „Indem insbesondere durch die Art und Weise, wie von dieser Gerichtsbarkeit Gebrauch gemacht wird bei der Untersuchung und Beurteilung der von Soldaten gegen Civilpersonen verüthten Excessen, die Civilpersonen des vollen Schutzes verlustig gehen, auf welchen sie gemäß Art. 4 der Verfassungslunde Anspruch haben.“ Es ist heute auszugeben, daß persönliche Einflüsse bei den Militärgerichten sich geltend machen, daß von diesen Gerichten parteisch verfahren und das Recht gebogen werden. Es ist der Kluft unseres Vaterlandes, daß bei den Civil- wie Militärgerichten unparteiisch verfahren wird, daß Jeder, der Recht zu sprechen hat, mir das Recht im Laufe behält. Wenn einzelne Sprüche nicht Jedermau befriedigen, so liegt dies in der Natur des Rechts; es ist dies bei Militär wie Civilgerichten der Fall; auch bei letzteren findet Unzufriedenheit einer Partei statt, und doch hat man nicht den Antrag gestellt, die Civilgerichtsbarkeit zu ändern. Der Zustand, wo Volk und Heer eins waren, hat stattgefunden in einer Zeit, wo der Militärgerichtsstand bestand. Die thatächlichen Voransetzungen und Behauptungen, auf welche der Herr Interpellant seine Interpellation gründet, kann die Regierung nicht für zutreffend erachten, und ich bin Nameus der Staatsregierung zu der Erklärung ermächtigt, daß sie nicht in der Lage ist, einen Gesetzmärrt nach dem Willen des Interpellanten vorzulegen. Was die noch erwähnbar drei Fälle betrifft, so kann ich in Betracht des Falles in Magdeburg mittheilen, daß sich den Ausführungen in dem Exkunststück gegen den Hauptangestellten ein Civilrechtsanwalt angelassen hat; über die beiden anderen Fälle schwelen noch die Untersuchungen und es wird sich herausstellen, daß die Militärgerichtsbarkeit nicht dazu angewendet wird, Thatsachen zu verdunkeln oder zu entstellen. Die Militärgerichte funktionieren mit der selben Unparteilichkeit, wie alle anderen Gerichte.

Der Kriegsminister v. Koön: Meine Herren! Ich könnte mich daran beschämen, daß, was der Justizminister von seinem Standpunkt ausgerichtet hat, im Wesentlichen zu adoptiren, wenn ich nicht in der Lage wäre, mehrere Punkte der Interpellation zurückzuweisen zu müssen. In diesem Falle kann ich erklären, daß weder von der Regierung die Motive der Interpellation anzureihen sind, noch die Regierung gewillt ist, die Frage ob zu bejahen, womit sie, Frage w. stellt, meint. Wenn von Excessen der Militär-Verwaltung gesprochen worden ist, so kann dies nur ein lapsus sein; Excesse der Militärverwaltung kenne ich nicht; die Militärgerichtsverwaltung steht vorwiegend da. Wenn von einem Interesse für die Soldaten selbst die Rede ist, so habe ich dem Interpellanten die Berechtigung dazu ab. (Oho! links.) Meine Herren. Oho! lautet Murrer. Ja, von meinem Standpunkt aus kann ich darüber wachen, daß Niemandes Interessen verletzt werden, also das ist gegeben. Ich erkenne es als traurige Thatache an, daß eine Kluft zwischen Heer und Volk besteht, ich kann aber die dafür angeführten Gründe keineswegs auertheuen. Es ist gelagt, daß diese Kluft sich seit 1848 erweitert hat. Ja, wenn die Verdächtigungen und Schmähungen gegen die Armee, wie sie täglich in Blättern und gerade in denjenigen Blättern vorgebracht werden, die die Interessen dieser (der linken) Seite des Hauses wahrnehmen, nicht aufhören, so wird die Kluft, die ich als Katastrophe ansehe und deren Beichtigung ich wünsche, sich allerdings erweitern. Die Armee ist aus dem Volke hervorgegangen, die Armee weiß sich eins mit dem Volke, aber nicht mit demjenigen Theile des Volkes, welcher nicht aufhört zu schmähen und herunterzuziehen.

Der Bicepatenten Schröder: Wenn der Herr Kriegsminister den Abgeordneten das Recht abwirkt, die Interessen der Armee wahrscheinlich, so kann dies nur eine unbekülfte Ansicht das Herr. Ministers sein, da sonst die Berechtigung über allen Zweifel dasteht. — Es kann mehr als 50 Mitglieder mit Grund auf §. 29 der Gechtsordnung eine weitere Diskussion beantragen. — Es erhält das Wort Abg. Borsig: Die Beantwortung des Kriegsministers will er den Abgeordneten überlassen, bringt aber den Vorfall in Frankfurt zur Sprache, kontrastirt die Zweitgesceten, welche seit der Anwesenheit des jüngsten Generals über die Benutzung des Angers entstanden sind. Dieser Anger sei von den Offizieren zum Zureiten ihrer Pferde benutzt worden. Die Polizeibeamten hätten nach den beobachteten Ortspolizeigesetzen im Namen des Königs gehandelt. Die Militärbehörde war in ihrem

ses letztere sticht bedeutend ab gegen das Abendmahl nach Dürer, Nr. 166, das in lebhafter Gruppe und schöner Beleuchtung gehalten ist.

Dieselbe Wand bringt uns auch unter Nr. 193 einen Paul Rembrandt van Rijn, niederländisch, geb. 1606 + 1669. Es ist eine Geißelung Christi. Mit Ausnahme der Gruppe um Christus im rechten Bildgrunde, herrscht überall auf dem Bild Rembrandtsches Dunkel. Man kann nicht leicht schausüchtiger Schelmenfratzen sehen, als sie Rembrandt den Schergen gegeben hat, welchen die Geißelung obliegen soll.

Von lebhaften Farben und eigenthümlicher idyllischer Auffassung ist auch die heilige Familie von David Binkenbooms, niederländisch, geb. 1578 + 1601. (Wir bitten das Geburtsjahr im Katalog nach dieser Angabe zu verbessern.) Um das eigenthümlich Bild sind Scenen aus der biblischen Historie angebracht.

Ein reizvolles und liebliches Bild dieser Wand wollen wir zuletzt betrachten: das unter Nr. 150 vorhandene. Auch hier bitten wir den Katalog zu verbessern, das Subjet ist nicht Christus als Hirte, sondern als Gärtner. Die Gestalt des Heilandes und die der Magdalena, beides sind kleine Meisterwerke. Mit sauberem mühlsamen Pinsel sind auch die Einzelheiten des Gemäldes ausgeführt, das durch seine Harmonie nicht verfehlten wird, auf jeden Beschauer wohlthuernd zu wirken. Das Bild ist aus der niederländischen Schule und von Franz Franck, geb. 1580 + 1642, gemalt.

Heine über England.

Dem hochmütigen Ton gegenüber, in welchem englische Zeitungen gewohnt sind, um Deutsche und untere deutschen Verhältnisse dermaßen abzukzelten, daß sich in England ein Hund schämen müste, ein Stück Brod von uns zu nehmen, eitren wir hier eine Stelle aus den vor Kurzem in der Heinen'schen Gesamtausgabe erscheinenden "Englischen Fragmenten". Ich kann nicht genug versichern, daß der deutsche Satiriker, wie sehr ich gegen Prügel im Allgemeinen eingezogen bin, und wie sehr sich mein Gefühl empört,

vollen Rechte, ihre Anordnungen durch die ihr zu Gebote stehenden Zwangsmittel aufrecht zu erhalten, aber was wäre geschehen, wenn sie es dem Militär gegenüber gethan? Auch die Bestimmungen des Gesetzes über die persönliche Freiheit seien von den Militärbehörden verlegt, denn widerrechtlich ohne Autorisation einer geistlichen Behörde sei Militär in ein Haus gedrungen und habe eine Verhaftung vorgenommen. Nur bei erklärttem Belagerungszustande könne das vorkommen; es scheine also das Militärkommando gebliebt zu haben, daß ein solcher stattfinde. (Hört!) Der Redner verleiht sicherlich die Strafgezege, welche seiner Annahme nach für die vorgenommenen Ungelegenheiten hätten zur Anwendung kommen sollen. Es sind die Gesetze wegen Bekleidung von Beamten im Amt und wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung eines Menschen; sie seien Gefangen von 2 Wochen bis 2 Jahren resp. beim Militär Degradation und Festungsarrest fest. Er hofft, die Regierung werde diese Gesetze mit Strenge zur Ausführung bringen. Der Fall sei flagrant, wie noch keiner in der neuern Geschichte. (Der Handelsminister Dr. v. Holzbrück und mehrere Regierungskommisare sind eingetreten.) — Der Kriegsminister: Wenngleich der angeführte Fall nur indirekt mit der Interpellation in Verbindung steht und der Thatbestand noch nicht vollständig vorliegt, will ich doch einige Bemerkungen über die in Hede stehende Angelegenheit machen. Die Benachrichtigung für die Militärbehörde von Seiten der Polizei in Bet्रeit des Angers soll eingegangen sein; jedenfalls ist sie zu spät eingegangen, da auf dem Anger bereits Wagen aufgestellt waren. Die Untersuchung ist noch nicht beendet, der hier genannte Kommandeur hat Beidermeyer bei der Regierung erhoben und die Regierung hat erkannt, daß die Polizeibehörde im Unrecht gewesen sei. Ein Antrag auf gerichtliche Untersuchung liegt nicht vor. Zunächst hat die vorgesetzte Behörde den Thatbestand festzustellen. Dies wird geschehen und bis dahin könne man kein Verdikt darüber fällen, ob von Seiten des Militär unerlaubte Selbsthilfe gebracht worden und diese unerlaubte Selbsthilfe ungefährlich geblieben ist.

Abg. Dr. Bauer: Der Redner bedauert, daß Gesetzesentwürfe vom Hause mit Majorität angenommen, gegenwärtig zerstreuen an einer doppelten eisernen Kette. Gesetze müßten alle gleichmäßig verbindlich sein, besonders für das Militär, das eine Ausnahmestellung einnimme und es leicht zu Gewaltmaßregeln provoziert werden könne. Er stehe nicht an, zu erklären, daß die Polizeibehörde im Unrecht gewesen sei. Ein Antrag auf gerichtliche Untersuchung liegt nicht vor. Zunächst hat die vorgesetzte Behörde den Thatbestand festzustellen. Dies wird geschehen und bis dahin könne man kein Verdikt darüber fällen, ob von Seiten des Militär unerlaubte Selbsthilfe gebracht worden und diese unerlaubte Selbsthilfe ungefährlich geblieben ist.

Abg. Dr. Baur: Der Redner bedauert, daß Gesetzesentwürfe vom Hause mit

Kommission sich befinden. Die Alten seien beim Generalauditoriat noch nicht eingegangen. Auch hier werde Uingeübliches gerügt werden; Berlehen und Verbleppungen könnten aber auch bei Civilgerichten vorkommen und dann trete Remedy ein. — Abg. Mellin: Er wolle auf die einzigen Fälle nicht eingehen, sondern nur die Dringlichkeit der verlangten Reform kontatiren. Auch die öffentliche Meinung und die liberale Presse habe sich dafür ausgesprochen. Die Militärgerichtsbarkeit sei unvereinbar mit verfassungsmäßiger Entwicklung; die exklusive Stellung des Militärs beruhe auf derselben. So lange das Heer noch zum größeren Theile aus Ausländern bestand, war die Militärgerichtsbarkeit an ihrem Platz; seit aber die große volksthümliche Veränderung in unserem Heere vor sich gegangen, seien neue Grundsätze in der Gerichtsbarkeit nötig und dies sei selbst von Sr. Majestät Friedrich Wilhelm III. anerkannt, der dem Kanzler v. Schröder die Aufgabe stellte, einen Entwurf zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, resp. Verhängung derselben auf Dienststichen auszuarbeiten. Auch Frizzius, ein Patriot wie wenige, habe schon vor 50 Jahren für die Aufhebung gewirkt. (Der Justizminister v. Müller ist eingetreten.) — Abg. Schütze (Berlin): Die Interpellation bezüglich der Militärgerichtsbarkeit muß der Parteilichkeit; das sei eine Verziehung der Kräfte. Die Interpellanten befämpfen mir die Ausnahmestellung der Militärgerichtsbarkeit. Der Herr Kriegsminister habe ganz richtig geäußert, daß Misgriffe in allen Ständen vorkommen, aber die Misgriffe wurzelten hier in der Einrichtung selbst, u. a. auch in der Stellung der Autoren. Das Gesetz von 1849 stelle gegenüber dem Art. 34 der Verfassungsurkunde die Änderung der Militärgerichtsverhältnisse in Aussicht. Was speziell den Görlitzer Fall betrifft, so könne wohl eine Remedy wie der Herr Kriegsminister sie in Aussicht gestellt, hier nichts nutzen. Ich begreife nicht, wie man die Civilärzte hier hat ausschließen können. Der Herr Justizminister sei wohl ein zu guter Jurist, um nicht zu wissen, daß man in der Stellung eines Vertheidigers nicht einen gelegeschenen Standpunkt finden könne. Was die Kluft zwischen Militär und Volk betrifft, fährt der Redner fort, so geben wir unsere Söhne an das Heer zum ehrenvollen Berufe der Waffen. Niemals kann man in der Abtheit, den Militärstand durch verbesserte geistliche Verhältnisse vor Ausschreitungen zu schützen, Schmähungen gegen das Militär erbliden. Wir sind Vertreter des ganzen Volkes, wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen, auch für unsere Brüder im Militär in die Schranken zu treten. Der Redner erinnert an den Erlass Friedrich Wilhelm III. an die höhere Kommandirenden in Betr. von Militärersessen. Die Remedy, die der Kriegsminister in einzelnen Fällen, z. B. in Betr. der Vorgänge bei den Kontrollverhandlungen erlassen, seien nicht solche gewesen, die Abhülfe schaffen. 1809 bei Berathung der Reformen, auf die der Justizminister hingewiesen, habe man nicht, namentlich den Gentlemen nicht verfassungsmäßige Berechtigungen erkennt können. Heute aber besitzt die ein Jeder. Wenn jene Männer, deren Namen der Justizminister genannt, gegenwärtig an der Spitze des Staates ständen, sie würden nicht im Sinne des Justizministers handeln.

Abg. Steinhart: Es seien die Worte gefallen, daß diese — die linke — Seite des Hauses und die sie vertretende Presse Schmähungen auf das Heer häne. Wenn solche Verdächtigungen hinterhiefs ausgesprochen würden, könnte man sie mit schweigender Beratung übergehen, wenn sie aber an jener Stelle (auf den Ministerisch zeigend) ausgesprochen würden, müsse man ihnen entgegen treten. Der Schreiber des Volkes gehe nach Verbefreiungen der Rechtsverhältnisse im Heere; nicht Schmähung desselben wolle man, sondern eine Reform, welche das Heer selbst wünsche, wenn es auch stillschweigend seinen Vertretern es überlasse, hier im Hause seine Rechte geltend zu machen. Das Rechtshauslein des Volkes und Heeres sei aufs Entscheidendste verlegt durch die hier zur Sprache gekommenen Thatsachen. Aber noch nicht alle Thatsachen seien zur Sprache gekommen. Die allgemeine Wehrpflicht Preußens sei eine heilige Pflicht; ein Jeder sei seine Person ein. In Folge dessen habe aber auch das Heer das Recht, auf gleiches Recht und Geiz Anspruch zu machen; es habe das Recht, daß es nicht in seinem Gewissen verbleibe. Nach dem Tode des Verwundeten sollte die Obduktion vorgenommen werden, und dies ist in Görlitz stets unter Bezeichnung des Kreisgerichts geschehen. Indes im vorliegenden Falle erschien zwei Militärärzte und nahmen die Obduktion vor. Das Protokoll derselben ist mir nicht bekannt, doch soll dieselbe außerordentlich lange gedauert haben; wie in Görlitz verlautet, sollen ferner beide Ärzte im Zweiteil gerathen sein, indem der eine eine Berreitung des Darms annehme, der andere nicht. Endlich sollen beide Ärzte zu dem Schlusse kommen, der Verwundete sei nicht in Folge der Verwundung, sondern in Folge einer hinzugetretenen Entzündung gestorben. Hierdurch wurde das Publizum außerordentlich aufgeruert, besonders da der vom Sterbenden genannte Jäger nicht einmal als verdächtig verhaftet und die beiden Civilärzte nicht verhört wurden. Es war daher natürlich, daß die herrschende Auffregung sich Abends Volksmassen bildeten, wobei abermals eine Verwundung stattfand. An jenem Abende war zugleich das Gericht verbreitet, daß die Militärs speziell von den Offizieren aufgefordert worden waren, sich Insulten nicht gefallen zu lassen. Man erinnerte sich dabei an die Anzeige eines früheren Kommandeurs von Görlitz in einem öffentlichen Blatt, wonach die Soldaten mit Strafen bedroht wurden, wenn sie im Falle eines Zusammensatzes mit dem Civil nicht von ihrer Waffe Gebrauch machen würden.

Redner bringt beiläufig auch den Fall zur Sprache, daß die Görlitzer Offiziere sich geweigert haben, bei der Aufnahme in die Reserve der Ballotage sich zu unterwerfen, und fragt, ob es denn nicht möglich sei, daß ein Offizier ein braver, ein Ehrenmann durch und durch und doch ein unanständiger Gesellschafter sein könnte. Er kommt dann auf die Tötung des Tomashewski wieder zurück; sei die Sache auch noch nicht erledigt, da sie in Bojen schwelbt, so habe doch aus dem ganzen, bei der Beurtheilung der Zeugen beobachteten Verfahren eine Verwundung der Thatache hervorgehen müssen. Der Jäger Tomashewski sei noch nicht verhaftet und das bemerkung die Görlitzer Bedürfnung, er frage das Ministerium, ob diese Art der Untersuchung ihm zur Kenntnis gekommen ist.

Der Kriegsminister v. Koön: Der Vorredner habe Dinge zur Sprache gebracht, die er glaubt, aber auch Dinge, die möglicherweise sich hätten ereignen können. Diese Art des Verbands der Sach wolle er einer Kritik nicht unterziehen. Das Militärgericht sei sonst immer expeditiv. Das Verfahren habe sich eben hier in die Länge gezogen, weil Beobachter bei der

wenn ich geprägte Nebenmenschens insbesondere sehe. Der stolze Herr der Erde, der hohe Geist, der das Meer beherrschte und die Gesetze der Sterne erforderte, wird durch nichts so sehr gedemütigt, als durch körperliche Strafe. Die Götter, um den lodernden Hochmut der Menschen herabzudämpfen, erschufen sie die Prügel. Die Menschen aber, deren Erfindungsgeist durch den brütenden Unwill geschafft wurde, erschufen dagegen das Point d'honneur. Franzosen, Japaner, indische Brahminen und das Offizierkorps des Kontinents haben diese Erfindung am schönsten ausgebildet. Sie haben die Blutrache der Ehre in Paragraphen gebracht und die Quelle, obgleich sie von den Strafgezege, von der Religion und selbst von der Vernunft genehmigt werden, sind dennoch eine Bluthe schone Menschlichkeit.

Bei den Engländern aber, wo sonst alle Erfindungen zur höchsten Vollkommenheit verfeinert werden, hat das Point d'honneur noch nicht seine rechte Politur empfangen. Der Engländer hält Prügel noch immer für sein großes Unglück wie den Tod, und während meines Aufenthalts in England habe ich mancher Scene beigewohnt, wo ich auf den Gedanken kommen durfte, als haben Prügel in dem freien England keine so schlimmen Wirkungen auf die persönliche Ehre wie im despotischen Deutschland. Ich habe Lords abprügeln sehen, und sie schienen nur das Materielle dieser Beleidigung zu spülen. Bei den Pferderennen zu Epsom und Brighton sah ich Jockeye, die, um den Wettkampf zu machen, mit einer langen Peitsche hin und her liefen und Lords und Gentleman aus dem Wege pritschten. Und was thaten die folgermaßen berührten Herren? Sie lachten mit einem sarkastischen Gesicht.

Ist also körperliche Strafe in England nicht so entehrend wie bei uns, so ist doch der Vorwurf ihrer Grausamkeit dadurch noch nicht gemildert. Aber dieser trifft nicht das englische Volk, sondern die englische Aristokratie, die unter dem Wohl des Landes nichts anderes versteht, als die Sicherheit ihrer eigenen Herrschaft. Freien Menschen mit freiem Ehrgefühl und die geistige Kultur nicht trauen; sie bedarf des blinden Gehorsams geprägelter Sklaven. Der englische Soldat muß ganz Maschine sein, ganz Automat, der aufs Kommando marschiert und losfähigt. Daher bedarf er auch keinen Befehlshabers von bedeutender Persönlichkeit. (Der Krimmtag hat dies bewiesen.) Eines solchen bedurften freie Franzosen, die der Enthusiasmus leitet, und die einst triumph von der Feuersee ihres großen Feldherrn, wie im Kampf die Welt eroberen. Englische Soldaten bedurften keines Feldherrn, nicht einmal eines Feldherrnstabes, sondern nur eines Korporealstocks, der die ausgerechneten Ministerial-Institutionen, wie es von einem Stadthol-

zu erwarten steht, recht rubig und genau ausführt. — General Fox hat in seiner Geschichte des Krieges auf der pirenaischen Halbinsel den Kontrakt des französischen und englischen Militärs und ihrer Mannschaft sehr treffend geschildert und diese Schilderung zeigt uns, was Ehrgefühl und was Prügel aus dem Soldaten machen.

In der That, sagt Wachenhusen zu diesem Heinrichschen Urtheil, giebt es keinen so unpraktischen, so hölzerne Soldaten, wie den englischen, gab es bis in die neuere Zeit in irgendeinem Staate so schlechterdings unsägliche und ignorante Offiziere wie in England. Schreiber dieses hat sie im Orientkriege oft beobachtet, wie sie gleich einer großen Rollmaschine oder vielmehr gleich einem geschlossenen Heuschreckenheer auf Kommando stets gerade aus marschierten, nicht rechts, nicht links blickten, sich (z. B. vor Sebasteopolis) mitlos zum Kanonenfutter machen und dadurch trotz aller Bravour natürlich nichts erreichten. Hätten die Rückfahrten auf die Allianz die französischen Kriegsschrifsteller nicht genötigt, ihren Verbündeten nur Liebes und Schönes zu sagen, Alte Englands Armee wäre schlecht weggekommen.

Einen Beweis von dem großartigen Selbstschätzungsvermögen der französischen Soldaten lieferte Mac-Mahon, der Herzog von Magenta, bekanntlich nach dem Krimmtag bei seinem Abchied von Berlin, indem er dem ihm die Dienstleistung befohlenen Pagen die Cigarrentasche schenkte, welche er vor Sebasteopolis in der Brusttasche getragen. Mac-Mahon, frischer ein junger Soldat, muß sich dennoch für eine große europäische Person halten. Freilich hat ihn Napoleon III. zum Herzog von Magenta gemacht, bei Vieh bekehrt ist aber sein Verdienst um den Sieg von Magenta so ungebührlich nicht. Mac-Mahon war bei Turbigo über den Ticino gegangen, wo ihm Niemand den Übergang freitig mache, um dem österreichischen Marsch zu fallen. Zu diesem dreistündigen Marsche brauchte er sieben Stunden und sein Glück wollte, daß er gerade rechtzeitig ankam, um die von den Franzosen bereits verlorenen Schlacht wieder herzustellen. Die Sache war also mehr Glück als Verdienst. Lebriegen mag der Herzog wohl seine übertriebene Eitelkeit selbst eingesehen haben, da er dem Pagen hinterdrein noch eine wertvolle Uhr schenkte.

hätte der Herr Minister dem Justizminister überweisen sollen. Wie kommt man eine Partei zu der so viele Ehrenmänner gehörten, offen der Schmähungen anflagen, oder rechte man etwa als Schmähungen die Mittheilung der Presse über die Stütz jener Männer, die über das Meer gegangen? (Bravo!)

Der Kriegsminister: Er sei gezwungen, auf Dinge zu antworten, die ihm imputirt worden seien. Er habe nicht gesagt, daß der Theil der Presse der Schmähungen auf das Heer hängt, im Auftrage der linken Seite des Hauses handle; das Fattum selbst vermag abzuzeugen. Es sei seine Absicht nicht gewesen, zu influtiren. Man habe von Schmähungen in Zeitungsartikeln im entgegengesetzten Sinne gesprochen; derlei Artikel seien ihm ebenso zuwider, wie die geringen. Er möchte am liebsten gar nicht von der Presse und deren Auschreitungen sprechen, wenn man ihn nicht provocire und immer von der Künft spräche. Es spreche von Parteidurchdringungen, mögen sie nun in der Presse oder sonst wo wuzeln. Was das Militärgerichte und das dabei beobachtete Verfahren betrifft, so werde das Urtheil von denen gefällt, die dem Verfahren unterworfen sind; das sei eine alte Institution, die bei allen Armeen besteht. Es gebe keinen privilegierten Gerichtshof, dasselbe Strafgesetz gelte für alle, wenn auch gewisse Vergehen, die für einen bürgerlichen Mann straflos wären, für den Soldaten straffällig seien. Die Herren (links) vertreten das Volk und auch die Armeen, wenigstens nach ihrer Auffassung (Murren); bei den Wahlen sei kein Mitglied der Armeen gewählt worden; er, der Minister, jeder Einige hier im Hause, der im Namen der Armeen zu sprechen berechtigt ist, in ihrem Namen sprechen müßt. — Der Abg. v. Leeden verzichtet auf das Wort. — Abg. Dunker: Er bedauere, dies nicht thun zu können, der Herr Minister habe seine Anklagen aufrecht erhalten, ohne sie zu begründen. Die liberale Presse habe nur ihre Schuldigen gehabt und oft mit schwarzem Herzen. Die Presse habe die Auschreitungen Einzelner aus Ficht gejogen, das möge unangenehm gewesen sein, aber es habe gleichzeitig müssen. Sobbe und Bugti, wären sie nicht entflohen, so hätte auch die Presse geschwiegen. Die Presse würde nach wie vor gegen Zustände kämpfen, die Preußen in den Augen Europa's herabsetzen. Möge der Herr Minister die Beweise für seine Behauptungen beibringen. Die Presse werde ihre Pflicht thun, und er selber werde die Armeen, auch den Herrn Kriegsminister hier im Hause vertreten, obwohl derselbe es nicht wünsche. Der Redner tadelt die Vorgänge bei den Kontroversammlungen als Verfassungsverletzungen, da bewaffnete Versammlungen nicht berathen dürfen. Auseinander, wie die Herrn Kriegsministers, seien nur geeignet, die Künft zwischen Militär und Volk zu vergrößern. Das Militärgerichtsverfahren hinter verschlossenen Thüren sei kein Schwurgerichtsverfahren; wenn die Heimlichkeit geschwunden, werde auch die Bräusumption schwunden, daß die Militärgerichte nicht nach Recht und Gerechtigkeit richten.

Der Kriegsminister: Der Herr Vorredner habe den besten Beweis dafür gelebt, daß er die Militärgerichtsverfassung nicht genau kennt; er scheint nicht zu wissen, daß das rechtsverständige Mitglied des Gerichtes den Thatbestand feststellt, die Sätze der Richter von unten auf, also der Präses zulegt, votiert. Nach seinen Erfahrungen seien in der Regel die unteren Kläffen die strengeren, wenn es sich um grobe Vergehen handelt; sie urtheilen milder, wenn es sich um Verjährung nach dem Zappentreich etc. handelt. Was die verschlossenen Thüren betrifft, so möge man nicht vergessen, daß ein Eid geschworen ist, und dieser Eid auch hinter verschlossenen Thüren gehalten wird. Die Offiziere haben bei Kontroversammlungen das Recht, als Staatsbürger ihren Belannten, die sie treffen, ihre politischen Meinungen mitzuteilen. Die Kontroversammlungen bestehen aus Reichsbewaffneten; aus den Zeitungen, die der Minister mit Rüthen liest, habe er das in Rede stehende Fattum erfahren und allerdings das Ereignis veranlaßt. Den Offizieren müßten die ihnen verfassungsmäßig zustehenden staatsbürglerlichen Rechte nicht verfürmert werden, und tauchten sie politische Meinungen aus, so sei ihnen dies nicht zu wehren. — Ein Antrag auf Schlüß wird abgelehnt. (Der Kriegsminister entfernt sich.) — Abg. Dr. Frese: Er bedauere, den Herrn Kriegsminister in seiner Abwesenheit widerlegen zu müssen. Derselbe habe der liberalen Presse das gänzliche Einwirkungsrecht auf das Militär abgeschritten. Dennoch müsse er grade die Verdienste der liberalen Presse um die Militärfrage hervorheben. Wenn es gelinge, den Militärstaat in den Verfassungstaat einzuführen, so habe grade die liberale Presse hervorragende Verdienste dabei. — Abg. Steinhardt: Gern hätte er auf das Wort verzichtet, aber er könne es nicht. Der Herr Kriegsminister habe sich als Vertreter der Armeen hingestellt, aber er sei nicht im Lande gewählt, ebenso wenig wie das Ministrum. Der Redner führt ein Kriegsgerichtsurtheil aus eigener Erfahrung an. Ein Unteroffizier, zu 7 Tagen Gefängnis verurtheilt, habe dagegen remonstriert und sei vielfach ermahnt worden, einen so gefährlichen Schritt nicht zu thun. Er habe es dennoch gethan und sei freigesprochen, dies Urtheil aber wieder abgeändert worden; endlich sei die Sache bis in die höchsten Instanzen gegangen, aber die endliche Entscheidung in den Akten geblieben. — Der Justizminister: Der Herr Kriegsminister habe gesagt, er habe als Minister das Recht, die Armeen im Hause zu vertreten, dies Recht müsse er ihm wahren.

Abg. Immermann: Der Herr Kriegsminister habe die Absicht ausgesprochen, auf alle Angriffe eingehend zu erwidern; diese Absicht scheine der Herr Justizminister nicht zu haben. Auf alle Einwendungen habe er geschworen, selbst auf die schneidenden des Abg. Oppermann. Der Herr Justizminister habe heute erklärt, Niemand werde behaupten, daß ein preußischer Richter nach Parteidurchschüttungen das Recht begegnen werde. Aber damit habe er sich in Widerspruch mit seinen eigenen Erlässen gefestigt, worin er die Richter verwirkt, nicht nach Parteidurchschüttungen zu verfahren. Er habe ferner sich in einem Widerspruch mit seiner heutigen Aeußerung gefestigt, daß er ja Richter wegen ihren Erklärungen in Betreff der ministeriellen Wahlerrasse habe zur Untersuchung ziehen lassen. — Der Justizminister: Zur Abföhrung der Debatte habe er seine Erwiderungen bis jetzt verspart. Art. 4 der Verf. Neklande spreche zwar die Gleichheit vor dem Gesetze aus, Art. 37 aber halte die Militärgerichtsbarkeit aufrecht; diese basire also auf einer Verfassungsbefürmung. Man habe die Unabhängigkeit der Militärgerichte beweist, aber sei ein Gerichtshof erster Instanz unabhängig, da ja in zweiter Instanz sein Urtheil abgeändert werden kann? Verzögern kann allerdings auch bei Evidenzgerichten vor. — Abg. Lette: Er glaubte, man werde auch der Seite des Hauses, welcher er angehöre, das Privilegium zugestehen, für Verfassung und Gesetz einzustehen. (Zustimmung links.) Wenn nun von jener Seite weniger Redner aufgetreten, so sei dies geschehen, weil man allgemein über die Notwendigkeit der Befreiung der Militärgerichte einig sei. Die Vorwürfe gegen die liberale Presse, wenigstens gegen die große liberale Presse, seien ungerechtfertigt; es möge Schnittblätter geben, die in dieser Beziehung den Standpunkt ausspielen. Grade diese Blätter habe man höchsten Ortes benutzt, um die große liberale Presse, die sich immer mit Zurückhaltung benommen, zu verdächtigen. Er wünsche dem Herrn Kriegsminister und der Regierung die nötige Weisheit und Entschluß, damit ein besserer gesetzlicher Zustand zu Stande komme, welcher ein allgemeines Bedürfnis sei. — Abg. Dunker hat erst den Angriff gegen die linke Seite des Hauses abweisen müssen, Bundesgenossen von der andern Seite werden stets angenehm sein. Die Ausführungen des Kriegsministers seien auch von einem Laien leicht zu entkräften; mache man geltend, daß den Militärs verfassungsmäßige Rechte nicht verkrümmt werden dürfen, so stehen dann auch die Militärs unter den gewöhnlichen Gerichten. Der Minister spreche hier nicht im Namen der Armeen, sondern im Namen der Regierung, als Minister; im Hause selbst sind mehrere Landwehrroßiere, die doch auch zur Armeen gehören. Männer sind da mit grauen Haaren, die der Armeen angehören haben. Die Armeen ist also vertreten. Der Antrag der Interpellanten hat gewiß die Zustimmung des Hauses. — Abg. v. Bodum-Dolffs: Der Kriegsminister verwaltet die Armeen, er vertritt sie nicht. Die brave preußische Armeen kann keinen wahrmen Vertreter haben, als das Haus der Abgeordneten. Das mag der Kriegsminister bedenken. — Die Diskussion ist geschlossen. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Mellien, Oppermann (befragt sich, daß der Justizminister, wenn er zur Sache spricht, sich zur Person wendet) und einer Entgegnung des Justizministers ist dieser Gegenstand eröhrpt.

Das Haus geht zum dritten Gegenstand der Tagesordnung über: Bericht der Agrarkommission über den Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über die Gemeindebeitrags-Ordnung für die Rheinprovinz. (Die Debatte ist für die Leiter unserer Zeitung ohne Interesse. Die Red.) Der Entwurf geht Beifuss neuer Redaktion nach den heute gefassten Beschlüssen an die Agrarkommission zurück. Die Sitzung wird auf Freitag um 10 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Erledigung der heutigen Tagesordnung und eine Wahlprüfung. Schlüß der heutigen Sitzung 3 Uhr 50 Min.

Militärzeitung.

[Die Streitkräfte von Schweden und Dänemark] Wenn die Gerüchte von einem zwischen Dänemark und Schweden mit der

Nichtung gegen Deutschland resp. Preußen bereits abgeschlossen oder mit Nachstern abschließenden Bündnis auch wahrscheinlich noch verfrüht erscheinen, so kann bei der imminenten Annäherung beider Länder darüber doch schwerlich noch ein Zweifel obwalten, daß ein solches Bündnis sich sofort vollziehen wird, wofür deutscher Seits die schleswig-holsteinische oder auch nur die holsteinische Frage irgendwie ernstlich aufgenommen werden sollte. Obgleich hierzu bei unseren eigenen inneren Zuständen wohl schwerlich sobald schon Aussicht vorhanden sein möchte, könnten jedoch auch noch andere Umstände eintreten, welche dieses Bündnis schneller, als sonst anzunehmen, in Wirklichkeit treten ließen, und jedenfalls sind die Verhältnisse bereits danach angehängt, auf die dänischer Seits auf der südlichen Halbinsel und der Insel Als in drei Reihen hintereinander angelegten durchbarem Verbindungen mit höchstem Misstrauen zu blühen. So lange die Dänen allein hinter denselben stehend vermitthlt werden durften, lag diesen Werken allerdings nur eine Vertheidigungswichtigkeit bei, doch bei einer Vereinigung der drei nordischen Staaten könnten sie ebenso wohl geeigneten Fällen auch einem Angriff auf Norddeutschland zum Ausgangs- und Stützpunkt dienen. Die Streitmacht des Gegners, welche von dort aus vielleicht Deutschland bekriegen dürfte, ist in unserem Lande noch wenig bekannt und gewürdigt worden; vielleicht möchte es von Interesse sein, hier das Wichtigste darüber zusammengestellt zu finden.

Mit Dänemark zu beginnen, so besteht die Landsmacht dieses Staates in 1 Eskadron Leibgarde zu Pferde, 1 Husaren- und 5 Dragoner-Regimenter, 4 Eskadrons, 1 Bataillon Leibgarde zu Fuß, 17 Linien- und 5 Jäger-Bataillonen und 2 Regimenten Artillerie mit 12 Batterien, auf dem Friedensfuß zu 27,420 Mann. Doch sind diese sämtlichen Truppenteile derart organisiert, daß sie die Kadres zu einer doppelt und für die Infanterie sogar dreifach so starken Heeresmacht abzugeben im Stande sind, und verdient Erwähnung, daß 1849 und 1850 die dänische Streitmacht durch Errichtung derartiger Reservegruppen in zusammengestellt und 35 Schwadronen wirklich bis etwa 40,000 Mann angewachsen war. Bei der seitdem bedeutend mehr durchgeführten Erweiterung dieses Systems wurde dieser Staat sogar ohne sonderliche Anstrengung bis 60,000 Mann aufbringen, doch bei einer Gesamtbevölkerung von $\frac{1}{2}$ Million, wovon die deutschen Herzogthümer mit etwa 900,000 Einwohnern noch in Mitrechnung kommen, allerdings schwerlich lange erhalten können. Seine frühere außerordentliche Anstrengung ging übrigens auf das eigentliche Dänemark allein, und bei dem Aufschwung der nationalen Idee in der dänischen Bevölkerung darf darunter sicher nicht gerechnet werden.

Eigentlichlich ist die Wehrmacht Schwedens beschaffen. An eigentlich stehenden Truppen besitzt dieser Staat nur zwei Regimenter Garde zu Fuß, 2 Bataillone zu 4 Kompanien, 1 Jäger-Regiment zu 6 Kompanien, 1 Leibgarderegiment zu Pferd (Ulanen) zu 4 Eskadrons, 1 Husarenregiment zu 8 Eskadrons und 3 Artillerieregimenter, zusammen auf dem Friedensfuß 7629 Mann; doch tritt dazu die sogenannte und für den Frieden nur in schwachen Kadres mit zeitweiliger Uebung der Stammtruppen befindende Bewährung (mit nach den Listen von 1860) 95,295 Mann. Einen ferner Theil der Wehrkraft dieses Landes bilden die sogenannten Indelta-Truppen, welche aus angehörenden Soldatenfamilien bestehen, und deren Mannschaften, nach den letzten Zählungen 38,405 Mann, ebenfalls nur alljährlich zu wöchentlichen Übungen zusammenentreten. Endlich besitzt Schweden noch auf Gotland eine eigene Miliz von 1621 Mann, welche jedoch nur zum inneren Dienst bestimmt ist. Was die Bewährung betrifft, so gehören davon 20,000 Mann zu den Stammtruppen, 40,000 Mann zur Landwehr (hier, da die Dienstpflicht nur die Zeit von 20. bis 25. Jahre umfaßt, im Sinne von Reisen), und 20,000 Mann zum Flottendienst. Den Kern des Heeres, weil aus jahndertelalem Kriegerstamm entstanden und gleichsam im Waffendienst aufgewachsen, bilden jedoch die Indelta-Truppen, welche wohl verstanden grade die häufigste Bestimmung für den auswärtigen Dienst besitzen. Gut zu einem Drittel bestehen dieselben aus Cavallerie, meist Dragoner, dabei jedoch auch noch zwei Husaren- und ebensoviel Lanzenreiter-Regimenter. Die ganze Organisation ist allerdings etwas schwerfällig. Doch kann Schweden darum, gestützt auf seine stehenden Truppen und eben die Indelta-Armee, für jeden gegebenen Moment mit mindestens 30–40,000 Mann in die Aktion eintreten und diese Heeresmacht, ohne die eigenen Grenzen preiszugeben, nötigenfalls bis 70,000 auch 80,000 Mann verstärken. Seine gesamte Wehrkraft mit der Gotländischen Miliz, dabei aber die Seehewe mit 46,000 Mann nicht eingerechnet, wird auf 144,013 Mann angegeben.

In Norwegen, dem mit Schweden verbündeten dritten nordischen Reiche, bestehen auf dem Friedensfuß 12 Bataillone Infanterie, 2 Dragoner-Regimenter und 1 Artillerie-Regiment mit auf dem Friedensfuß 14,324 Mann, wozu für den leichten außerdem noch 12 Bataillone Landwehr, d. h. da die Dienstpflicht hier ebenso wie in Schweden vom 20. bis zum 25. Jahre befreit ist, gleicherweise Reiere. Die Seehewe wird in diesem Reiche auf 13,500 Leute berechnet. Aktiv im Felde können zunächst die stehenden Truppen, also ungefähr 12,000 Mann, verwendet werden. — p.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 16. Juli. [Die Festungsraion-Bestimmungen] sind bekanntlich ungemein streng, und dürfen diejenigen Hausbesitzer, welche in einem der Festungsraion's wohnen, ohne Genehmigung der Festungs-Baudirection keine, auch nicht die geringste Reparatur an ihren Häusern vornehmen. Wir haben nun bekanntlich noch einen inneren Festungsraion, zu welchem die Schröda gehört, in dem innerhalb der Stadt, zwischen Schröda und Wallstraße, eine künstliche Insel gebildet worden ist, welche als abgeschlossenes Werk, als Domcitadelle, sich an die Festungswälle zwischen Große- und Domkirche anschlägt. Dadurch werden sehr viele Grundbesitzer innerhalb und außerhalb der Wälle von den strengen Festungsraion-Bestimmungen getroffen. Es ist zu hoffen, daß unser neue Festungsbau-Direktor, Herr Major Schröder, in möglichst milden Weise diese Bestimmungen zur Anwendung bringen werde!

[Berichtigung.] In dem Referate über die Beamten-Spar- und Hilfsstasse in der gestrigen Zeitung muß es in der 17. Zeile von unten nicht: Herr Kanzleirath Nuorr, sondern: Herr Kanzleirath Blaefing heißen.

Birnbaum, 14. Juli. [Witterung.] Die Erwernte ist im Allgemeinen vorüber, und es dürfte dieselbe in quantitativer Beziehung wohl als zufriedenstellend bezeichnet werden können. Mit der Roggen-Ernte ist auch der Anfang gemacht worden, und man wartet nur auf einigermaßen beständiges Wetter, um dann damit allgemein vorzugehen. Heute vor acht Tagen wurde der seit dem 1. Mai am hiesigen Kreisgericht zum Sekretär und Kanzlei-Direktor ernannte frühere Bureau-Assistent und Depositär-Berwaltungs-Krobiell verhaftet, weil sich bei Revision der Jahresrechnung herausstellte, daß derselbe Defekte gemacht, die sich nach den bisherigen Ermittlungen auf etwa 1600 Thlr. belaufen, und zur Tilgung derselben die komplizirtesten Fälschungen in Alten und Dokumenten vorgenommen hat. Er hatte sich bisher der allgemeinen Achtung der hiesigen Einwohnerschaft zu erfreuen, und diesem Umstande ist es wohl nur zuzuschreiben, daß er noch am Tage vor seiner Verhaftung von einem hiesigen Kaufmann 400 Thlr. leihweise erhielt, die er zur theilweisen Deckung seiner Unterschleife heimlich verwandte.

Graec, 14. Juli. [Eisenbahnanlageheit.] Wiederholt leiten wir in diesem Blatte, wie sehr sich die Stadt Linz und die Vertreter der Kreise Graec, Adelnau und Pleschen bemühen, um das Projekt einer Eisenbahn nach Kalisch zum Anschluß an die Warthaus-Wiener Bahn zur Ausführung zu bringen; wie die Stadt Posen wieder ihrerseits das Projekt der Posen-Thorn-Warschauer Bahn hervorzuheben sucht, ja selbst wie unsere Nachbarstadt Neustadt einst mißt ist, trotzdem sie ganz außer der Linie liegt, in den Bereich der Posener Bahn zu kommen. Von unserer Stadt Graec ist bis jetzt gar nichts gelesen, um die Ausführungsfrage der Unternehmer der Posen-Gubener Bahn auf sich zu lenken. Und doch ist Graec die größte Stadt in unserem Kreise, in der unmittelbaren Nähe sind die großen Grundbesitzes des Opalewski, der Grafen Zlotowski, Mielczynski und Potowrowski. Dazu ist Graec bis jetzt nur sehr stiefmütterlich mit ordentlich gebauten Wegen versorgt; es besitzt erst seit einigen Jahren Chausseeverbindung nach Posen

und Züllichau, nach der nächsten, drei Meilen entlegenen Bahn — Kosten führt noch der schreckliche Weg, der im Winter fast unfahrbare ist; nicht minder schlecht ist der nach dem sieben Meilen weit entlegenen Samter. Warum ist denn aber in Graec, trotzdem so gewichtige Gründe dafür sprechen, so wenig Interesse für eine Bahnbinding? Sonst einsichtsvolle Männer äußern: unsere Stadt würde durch eine Bahnbinding eher verlieren als gewinnen. Was haben denn die Städte: Czepin, Kothen, Lissa, Rawicz und die vielen Städte an der Ostbahn verloren? Es herrscht in denselben im Gegenteil kein regeres Leben und ein viel lebhafterer Verkehr als ehemals. Dergleichen Vortheile liegen sich in einem öffentlichen Organ, Kreis- oder Kommunalblatt, sehr leicht bekämpfen, leider haben wir in unserem Kreise kein derartiges, es sind zwar schon viele Versuche gemacht, ein solches ins Leben zu rufen, die gute Sache hat leider stets zu wenig Unterstützung gefunden. Da die Verbindung unserer Stadt mit anderen großen Städten durch eine Eisenbahn auch für Graec und die Umgegend eine Lebensfrage ist, so wäre es wohl an der Zeit, wenn endlich Graec und seine Umgegend die Aufmerksamkeit der Unternehmer der Posen-Gubener Bahn auf sich zu lenken suchen, denn sollte die qu. Bahn zu Stande kommen, ohne unsere Stadt zu berühren, so dürfte sich wohl nie eine ähnliche Gelegenheit für uns wieder darbieten.

Garaczewo, 15. Juli. [Eisenbahn; Prozeß durch Bienen; Uebergabe von Gütern; tolle Hund] Die Magistrate und Postexpeditionen unserer Umgegend haben gestern von dem Landrathe zu Krotoschin eine Aufforderung erhalten, sich umgehend gutachtlich zu äußern, welche Vortheile es bringen würde, wenn die Lissa-Kalischer Eisenbahnstraße durch Borek ginge. — In dem Dorfe Galaski ist ein merkwürdiger Prozeß entstanden. An die dortige Hebstelle kam ein großer Schwarm Bienen und bedrohte die Frau des Chauffeur-Einnehmers. Diese jedoch schützte sich mit Betteln, die sie gerade läuftete, so, daß die Bienen abzogen und sich auf eine ungefähr zwanzig Schritt von der Hebstelle entfernte Weide niedersiedelten. Der Chauffeur aufsuchte sie dort und nahm sie mit nach Hause. Da jedoch diese Weide an den Märkten zweier Bauern steht, so erheben diese Ansprüche auf die Bienen.

Rozmin, 15. Juli. [Kinder spaziergang.] Am vergangenen Donnerstag hatten die evangelischen und jüdischen Schulklassen ihren diesjährigen Spaziergang nach dem Orlaer Waldchen veranstaltet. Nachmittag fanden sich die Eltern der Kinder und Kinderfreunde dort ebenfalls und gaben dem Feste dadurch den Charakter eines Volksfestes. Man vergnügte sich bis $\frac{1}{2}$ Uhr Abends im Walde und nichts störte den allgemeinen Frohsinn. Den Einmarsch störte der Himmel jedoch durch einen starken Regen — wahrscheinlich um die kleinen schon früh an den Gedanken zu gewöhnen, „keine Rosen ohne Dornen“ — ohne jedoch denselben den Humor zu nehmen. — Sonntag ertrank hier ein Kind, weil seine Eltern einen neuangelegten Brunnen nicht umwährt hatten.

Pleschen, 15. Juli. [Konzert; Verurtheilung; Auslieferung.] Unter Leitung des Musikmeisters W. Müller gab gestern Nachmittags die Regimentskapelle des 4. Posenschen Inf. Reg. Nr. 59 in Melzens Garten hier selbst ein großes Militärmusik-Konzert. Die Verurtheilung Seitens des Publikums war eine sehr rege und einzelne Piecen wurden von demselben mit rauschendem Beifall aufgenommen. Nach Eintritt der Dunkelheit wurde der Garten durch bengalische Flammen zauberisch erleuchtet und die Anwesenden dadurch in die heitere Stimmung versetzt. Zum Schluss dankte Landrat Gregorius der Kapelle im Namen des Publikums für den gemütsreichen Abend und brachte ein „Hoch“ auf dieselbe aus. Nach dem Konzert vereinigte sich unsere hausevolle im Strohhütt zu einem Tanzvergnügen, um auch Terciphioren ihre Huldigungen darzubringen. Da sich aber, mit Ausnahme der bekannten „Stampfer“ nur Ausgewählte an demselben beteiligen durften, so wurde dadurch die allgemeine Heiterkeit der Gemüther nicht unbedeutlich getrübt. Bei Volksvergnügen sollten endlich die verrottenen Kastenvortheile verschwinden. — Gestern stand vor der Kriminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichtes die Dienstmagd Marianna Wawrzynia aus Rusko, wegen Verlegung der §§. 184 und 186 des St. G. B. als Angeklagte. Ein Vertheidiger war ihr nicht beigegeben. Die Angeklagte, eine elternlose Waise, 20 Jahr alt, kann weder lesen noch schreiben, hat überhaupt keinen Schulunterricht genossen. Unter einem Strom von Thränen hört sie die wider sie erhobene Anklage der Staatsanwältin und erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie in der Nacht vor dem 9. April d. J. in Folge plötzlich eingetretener heftiger Leibschmerzen in einem ganz bestimmtlosen Zustand verfallen sei, in dem sie ein Kind geboren habe, dem sie, sobald sie es in ihrem Bette bemerkte, den Zeigefinger in den Mund gesteckt, damit sie ihm, wenn es an demselben saugen sollte, die Brust geben könne. Leider soll es kein Lebenszeichen geäußert haben, worauf sie es, um von den anderen Mägden nicht entdeckt zu werden, noch einige Tage in ihrem Bette behalten, dann in eine Schürze gewickelt und in ihren Kasten gelegt habe. Nach dem Gutachten der Gerichtsarzte soll es ein reifes, lebensfähiges Kind gewesen, nach der Geburt gelebt und am Gehirnschlag gestorben sein. Auf den Umstand, daß ihm die Angeklagte die Hälften des Zeigefingers in den Mund gesteckt, wollen sie kein Gewicht legen, weil dem Kind dadurch nicht die zum Leben erforderliche Luft entzogen werden konnte, sprechen vielmehr die Überzeugung aus, daß es unter der neuen Pfand schweren Zudeck erstickt sei. Die Staatsanwältin erkennt in dem Verhalten der Angeklagten eine grobe Fahrlässigkeit etc. und beantragt, sie dafür mit 3 Jahren Gefängnis zu bestrafen. Der Gerichtshof verurteilte sie zu 1 Jahr 6 Monaten und Tragung der Kosten. — Vor acht Tagen machte ein russischer Soldat eine kleine Excursion über die Grenze, um wahrscheinlich in Preußen seine geographischen Kenntnisse zu erweitern. Da er aber durch seine Militärfeldzeug die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbeamten erregte, so hatte er leider das Unglück, sehr bald

hierauf Militär requirirt, und die Thäter entflohen. Doch setzte man denselben nach, und ergriff eine Anzahl derselben, gegen welche alsbald eine Untersuchung wegen thälerischer Verhandlung eingeleitet wurde. — Dem Vernehmen nach ist von Seiten der königlichen Regierung auf eine Beschwerde einiger Korporationsmitglieder der jüdischen Gemeinde zu Posen die vor einigen Wochen abgehaltene Ergänzungswahl des Repräsentanten-Kollegiums und des Vorstandes, deren neu gewählte Mitglieder bereits bestätigt und eingeführt waren, wegen einiger nicht unerheblicher Formfehler annulliert worden, und natürlich eine Neuwahl in Aussicht gestellt.

Die Ernte ist in unserem Kreise bereits in vollem Gange. Nach Aussage unserer Landwirthe ist der Ertrag in Betreff der Körner sehr ergiebig, doch soll die Quantität des Strohs nicht sehr ergiebig sein. — Im Wittower Walde bei Czarnitau zeigt sich seit vierzehn Tagen ein in unserer Provinz sehr seltner Gast, nämlich ein Wolf, und haben Augenzeugen denselben schon einige Mal waldeinwärts laufen sehen. Es sind von Seiten der Behörden bereits Schritte geschehen, dieses Thier unschädlich zu machen. — Für die Ueberfahrt über die Warthe bei Obrzeczo wird bereits eine neue Fähre benutzt, wozu auch eine neue Kette angefertigt wird, da die alte schon einige Mal gesprengt ist. Die alte Fähre, wie auch die alte Kette sollen zur Ueberfahrt bei Stobnitz verwandt werden.

Landwirtschaftliches.

Aus der Provinz. 14. Juli. [Über den Seidenbau.]

Dem gemeinnützigen Bestreben, den Seidenbau zu heben, müßte jeder Patriot und jede Behörde gern ihre Unterstützung gewähren. Es ist ein erfreuliches Zeichen für die Fortschritte der Kultur der hiesigen Provinz, daß dem Seidenbau schon seit mehreren Jahren ein lebhaftes Interesse gekehrt wird. Zu den Freunden dieses wichtigen Industriezweiges, welche von der großen Bedeutung des letzteren für unsere sozialen Verhältnisse und namentlich für die Hebung des Nothstandes der unteren Volksklassen durchdringen sind, gehören bei uns größere und kleinere Landbesitzer, höhere Beamte, Lehrer und Geschäftsmänner; sämtliche Berufsklassen sind in nicht geringer Zahl vertreten. Ein höchst bewährter, sonst sehr glücklicher und bedeutender Seidenzüchter, der schon auf den Weltausstellungen sehr günstige Erfolge aufzuweisen und, dessen verdienstliche Bemühungen ähnlich vielfach anerkannt worden, ist in unserer Provinz der Seminarlehrer Herr Kujanowski zu Paradies; ihm verdankt die Provinz auch die Gründung eines eigenen Seidenbau-Vereins für das Großherzogthum Polen, so wie auch eine Musteranstalt auf diesem Gebiete. Schade nur, daß Herr K. in diesem Jahre in Folge so ungünstiger Witterungsverhältnisse, welche der Seidenraupe schädlich gewesen, sehr bedeutende Nachtheile ertragen muß.

Die in dem Seminar zu Paradies gebildeten Abgänger haben Gelegenheit, mit der Behandlung der Seidenraupe sich vertraut zu machen. Viele von ihnen haben als Lehrer durch diese Beschäftigung ihr spärliches Einkommen bedeutend verbessert und manchen Nutzen, manche ernste Sorge von sich fern gehalten. Vierzehn Lehrer aus der Provinz haben im v. J. ihre Petition an die Zentral-Seidenbauplanstalt des Herrn K. zu Paradies abgeliefert und sind mit der Staatsprämie bedacht worden.

Wenn man erwägt, daß die Beschäftigung mit dem Seidenbau einerseits höchst einträglich, andererseits auch dem Lehrer in seinen Amtsverrichtungen nicht hinderlich ist, besonders auf dem Lande, wo in den Monaten Mai und Juni die sogenannte Sommer- und Hütte-Schule beginnt, so mögte gerade der Lehrer dieser goldenen Erwerbsquelle seine größte Aufmerksamkeit schenken. Dann ist aber auch zu wünschen, daß die jungen Leute im Seminar außer der Unterweisung in der Obstbaumzucht, Garten- und Gewächsbau, auch in diesem landwirtschaftlichen Zweige die nötigen Kenntnisse sich aneignen, was sehr leicht ist, wenn dieselben während der 6—8 Wochen — so lange dauert gewöhnlich die Entwicklung der Seidenraupe bis zu ihrer Verpuppung — in der Seidenanfaltung zur praktischen Mithilfe angehalten werden. Nur dann würde auch der Aufgabe der Elementarschule und ihrer Lehrer, für die Hebung der landwirtschaftlichen Interessen mitzuwirken, — wie die höchste Staatsbehörde wünscht — allseitig Rechnung getragen werden.

In keiner anderen preußischen Provinz ist aber die Westung des Sinnes für landwirtschaftliche Interessen mehr Bedürfnis, als gerade im Großherzogthum Polen. Und wenn nun der Lehrer selbst thätig Hand ans Werk legt, sollte das Beispiel derselben nicht auch seine ländlichen Nachbarn zu gleicher Thätigkeit anspornen? Wie ganz anders würde sich das Los des kleinen Grundbesitzers bei uns gestalten durch die Beschäftigung mit dem Seidenbau?

Die Vortheile für eine sorgenfreie Existenz, für Moralität, für einfache menschliche Bildung, sind ganz unberechenbar. Während jetzt die Häuser der separaten Bauern oft auf meilenweiten Flächen, ohne Baum und Strauch, wie die Feldwachen eines friedlichen Lagers, oder wie die Zelte eines asiatischen Nomadenvolkes zerstreut stehen und alle Verbindung zwischen ihnen abgebrochen zu sein scheint, könnte durch eine Anstrengung von zehn Jahren die Physiognomie der ganzen Gegend vollkommen verändert und ein großer Garten mit glücklicheren Menschen geschaffen werden.

Der Maulbeerbaum mit seinem herrlichen Grün würde ein gesellschaftliches Band um diese aufgelösten Gemeinden schlingen, den Nachbar dem Nachbar näher führen, der Jugend die einfachen Wege zur Schule verführen, und unter seinen gästlichen Zweigen die freudigen Frühlingsläufer wieder versammeln. Durch manche dieser neuen Dörfer ziehen sich die Landstraßen stundenlang; das Auge des Wanderers ermüdet bei dem Anblick der Gleichtügigkeit, in welche die Bewohner derselben verfunken sind, und den ergiebigen Boden unbewußt liegen lassen. Da sieht man meist keine Anstalten zur Unfruchtbarkeit eines Gartens, keine Hand ergreift den Spaten, und wo der Pfug und die Egge nicht in völliger Freiheit sich bewegen können, bleibt das dankbare Land den Verwüstungen der Käferschäfer preisgegeben. Deshalb gebietet nicht nur der persönliche Vorteil, sondern eine heitere innere Pflicht dem wahren Lehrer des Volkes, diesen mangelhaften Zuständen, dieser Verküpfung an den Gaben Gottes durch eigene Thätigkeit entgegenzuwirken. Die bloße Fertigkeit des Lesens und Schreibens, welche er den Kindern seiner Gemeinde beizubringen sucht, sind nicht allein im Stande, das oft traurige Schicksal der ärmeren Menschenklasse zu verbessern; sondern Verbreitung der zweckmäßigen Kultur des heimathlichen Bodens, Gewöhnung des Landvolkes an die leichten und erfolgreichen Geschäfte des Gartenbaues, der Obst- Maulbeerbauzucht, werden zu dem herzlichen Ziele führen, daß auf dem von der Mutter Natur so bevorzugten Arealen dieser Provinz noch viele Hunderttausende zufriedener Bewohner leben können. J. J....

(Fortsetzung folgt.)

Bermischtes.

* **Neustadt a. W.** 15. Juli. [Statistik der Stadt.] Bei der am 3. Dezember v. J. bewirkten Zählung hatte die hiesige Stadt 1354 Einwohner, von denen sich 186 zur evangelischen, 695 zur katholischen und 473 zur jüdischen Religion bekannten. Diese Einwohner leben in 266 Familien und es sprachen davon 669 polnisch, 683 deutsch. Männlich waren von dieser Bevölkerung 642, weiblich 712; unverheirathet 160 männliche und 204 weibliche Personen; indem 202 männliche und 203 weibliche verheirathet sind. Wittwer sind 18, und Wittwen 71. Gechiedene 1 Frau. Von den 266 Familien kommen auf die Deutschen 125 und auf die Polen 141. Blind 3 Männer und 3 Frauen. In dem Kreise befinden sich 5 öffentliche Gebäude und 285 Privatgebäude.

* **Borgo di Balsugana** in der Lombardie ist am 6. Juli von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden. Man zählte im Ganzen 140 Wohngebäude, die dem Elemente zum Opfer geworden, 300 Familien mit beinahe 1600 Personen sind obdachlos und haben ihre ganze Habe verloren. Fünf Menschenleben sind zu beklagen. Der Gesamtschaden wird auf 300,000 Gulden angeschlagen.

* Vor dem höchsten Gerichte in Stockholm schwiebt zur Zeit eine Sache, die sich auf eine 200jährige Forderung an den Staat stützt. Im Jahre 1660 ließ nämlich der getreue Untertan Schwedens und Rathsherr in Stralsund, Nikolaus Baumann, der schwedischen Krone Geld und Waaren zum Betrage von 20,000 Sp. gegen eine zinstragende Verreibung und das Gut Poggendorf als Pfand. Nach Verlauf einiger Jahre wurde das Pfand zurückgenommen, aber der König gab eine schriftliche Versicherung über die Zahlung der Schulden von sich. Seit der Zeit ist die Sache ab und zu aufgetaucht; jetzt hat endlich das Untergericht den Baumann'schen Erben als Hauptsumme 33,900 Thlr. nach Bankoberechnung, und als Zins bis 1. Juli 1862 20,000 Thlr. bekannt, das Hofgericht aber, daß hinsichtlich der Größe der Summe mit dem Untergerichte übereinstimmt, hat der Krone die Auszahlung nicht auferlegen wollen, ehe es ausgemacht sei, wie viel jedem der Kläger zufolgt.

* In Utah hat eine kleine „Rebellion“ von 1000 „Heiligen“, die unter dem „wiederauferstandenen Moses“, einem Fanatiker Namens Morris, eine Raubgenossenschaft gebildet hatten, gegen die ordentlichen Grundbesitzers bei uns gestalten durch die Beschäftigung mit dem Seidenbau?

Behörden stattgefunden. Sie ist durch Bundesstruppen nicht ohne Blut vergießen unterdrückt worden.

Angelommene Fremde.

Vom 15. Juli.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Przytulski aus Starkowice, v. Kierski aus Podstolice, v. Mikorski aus Kruchowice, v. Potocki aus Vendlowo, v. Retowski aus Koszuth, v. Malczewski aus Sinalow und Baron v. Römer aus Litauen, Kaufmann Sandberger aus Breslau und Frau Gutsbesitzer v. Storzecka aus Bryzno.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Drzinski und v. Wessierski aus Borzejewo, Supniewski aus Potrowo und v. Swinarski aus Budziejewo.

HOTEL DE BERLIN. Frau Rittergutsbesitzer Kundler aus Barcin, die Rittergutsbesitzer v. Nembrowski aus Suchorzewo und Siewert nebst Frau aus Koszowano, Baumwipfels Geyer, Primaner Geyer und Rentier Regel aus Gneen.

Vom 16. Juli.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Dzieduszycki und Graf Luszica aus Galizien, v. Wejterski aus Podrzec, Lazareff aus Polen und Frau Rittergutsbesitzer v. Krysztofowka aus Popowo tamkowe.

OBIGIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer v. Krajicki aus Kartevo und v. Bielacki aus Gomek, Bergbeamter Lobe aus Königsbrück, Rittergutsbesitzer v. Smieciel aus Granow, die Rittergutsbesitzer-Frauen v. Bielacka aus Kobylak und v. Grindzelska aus Solecno, Gutsbesitzer Wittenberger aus Glogau und Kaufmann Mannheim aus Hamburg.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Geige aus Wegierki, Frau Gutsbesitzer Gädrich aus Zimnowo, Frau Kreisgerichts-Rathin Strole aus Schrimm, die Probst Janicki aus Kurmi, Przybyszewski und Administrator Szczerski aus Stajno, die Wirtschafts-Eleven Bajacz aus Bojszowko und Wolskiewicz aus Lutow.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau Gräfin v. Schulenburg und Freiin v. Mecklenburg aus Berlin, prakt. Arzt Dr. Brühl aus Bromberg, Rittergutsbesitzer Kasel aus Trzcielino, Fabrikant Oldenburg aus Ferdinandshof, Prediger Ahrens aus Soest, Partikular Zöllner aus Dresden, Bürger v. Oberstki aus Nakel, die Kaufleute Lademig aus Breslau und Heilmann aus Westfalen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Landwirth Walter aus Frankfurt, Lieutenant und Landwirth Matthes aus Hohenfarzig, die Rittergutsbesitzer Kiehn aus Schubin, v. Wedell aus Brodn, Struwa aus Ummersdorf und Struve aus Hammerleben, Fabrikant Cohn und die Kaufleute Hirschfeld, Lichtenstein und Ranzitz aus Berlin, May aus Basel, Ganzert aus Eisenach, Hritzel und Kleintzschditz aus Leipzig, Schüll aus Düren, Steinberg, Kalewe und Spengler aus Breslau, Behr aus Pegnitz, Birkholz aus Berlin, Michels aus Krefeld und Schreiber aus Magdeburg.

BAZAR. Kaufmann Drawski aus Bromberg, Partikular Chotomski aus Schrimm, Bevollmächtigter Kastor aus Breznica, die Gutsbesitzer v. Stablewski aus Domie, v. Chrzanowski, Gustowsky, v. Garnczki und v. Borzenzki aus Polen, v. Zarzeczki aus Gutowo, v. Guttry aus Paritz, v. Kocborowski aus Dembowo und v. Morawski aus Ociaj.

HOTEL DE PARIS. Frau Bürger Lubinska aus Samarzewo, Probst Szapajowski aus Sosolnik, Gutsbesitzer v. Pradunski aus Maczynki, Dr. phil. Lajaf aus Breslau und Gutsbesitzer Cieselska aus Sosnowo.

HOTEL DE BERLIN. Rentier v. Zatzewski aus Dietz, Frau Baronin v. Bistram aus Stanke, Gutsbesitzer v. Rembowksi aus Suchorzewo, die Rittergutsbesitzer Hoffmeyer aus Blotnitz, Meissner aus Kiekrz und Hoffmeyer aus Dorf Schwerin, Bauunternehmer Ziegler aus Züllichau, die Kaufleute Pohl aus Stroppau und Urbahn aus Borszheim.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Lehrer Herbst aus Nakow, die Kaufleute Machol aus Czempin, Bernhard und Bock aus Kurmi, Wolff aus Breslau, Wegner aus Zerkow und Löwen sen. und jun. aus Rogasen.

EICHORN'S HOTEL. Kaufmann Glücksmann aus Kołò und Frau Kaufmann Achter aus Niejszawa.

EICHERNER BORN. Die Kaufleute Kapelan aus Gneen, Achter aus Gempin, Markwald, Kantor Scharlat und Handlungskommiss Scharlat aus Samoczyn.

DREI LILLEN. Bäckermeister Sprott aus Zellin, Wirtschafts-Inspektor Miechowski aus Góra und Kaufmann Fraustadt aus Rogasen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Handelsregister.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Ostrowo.

In unser Firmenregister sind folgende Firmen angemeldet und eingetragen worden:

Nr. 548. **S. D. Jaffe.** Inhaber: der Kaufmann Scheye David Jaffe zu Posen.

Nr. 555. **Louis Machol.** Inhaber: der Kaufmann Louis Machol zu Posen.

Nr. 556. **A. Remus.** Inhaber: der Kaufmann August Remus zu Posen.

Nr. 557. **Louis Falk.** Inhaber: der Kaufmann Louis Falk zu Posen. Letzterer hat seiner Ehefrau Mariane Falk geb. Faust Procura ertheilt. Dies ist sub Nr. 52 unseres Prokurenregisters eingetragen.

Posen, den 11. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter

Nr. 77 Kaufmann Joseph Nadelmann zu Czerniewo als Inhaber der Firma

Joseph Nadelmann

dasselbst aufzöge Verfügung vom 11. d. Mts.

an demselben Tage eingetragen.

Gneen, den 11. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist nachstehende

Eintragung erfolgt:

Nr. 88. Bezeichnung des Firmeninhabers:

Kaufmann Marcus Lippmann

in Bronke.

Ort der Niederlassung:

Bronke.

Bezeichnung der Firma:

Marcus Lippmann.

Zeit der Eintragung:

Eingetragen aufzöge Verfügung vom 11. Juli 1862 am 11. Juli 1862 (Alten über das Firmenregister Bd. II, S. 9).

Fischer. Kreisgerichts-Sekretär.

Zamier, den 11. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen,

Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 14. März 1862.

Das der Frau Isabella v. Kurnatowska

geb. v. Karczewski gehörige, in

Posen lebende Gut Kumianek,

bestehend aus den früheren Grundstücken Nr. 1, 7,

11 und 13 resp. 1, so wie den bauerlichen

Grundstücken Nr. 6 und 8 Kumianek, im

Jahre 1860 abgekauft auf 42,955 Thlr. 18

Sgr., aufzfolge der nebst Hypothekenchein in

der Registratur einzuhenden Taxe, soll

am 23. Oktober 1862

Vormittags 10 Uhr

Posener Marktbericht vom 16. Juli.

Vor 14 Tagen ist eine mir von Lüffow bei Posen zugeschickte braune stochlige Hühnerblüte, welche auf den Namen Diana hört, aus Wronke entlaufen. Dem Finder erstatte ich die Futterosten und schicke ihm eine angemessene Belohnung zu. Wronke, den 15. Juli 1862.
Zietzoldt, Posthalter.

Programm

7. Provinzial-Sängerfest.

Montag den 21. Juli, 7 Uhr Abends: Konzert im Odeum. Billet pro Person 2½ Sgr. Dienstag den 22. Juli, 3 Uhr Nachmittags: Geistliches Konzert in der Kreuzkirche. Billet pro Person 10 Sgr. 5½ Uhr Nachmittags: Sommertheater. 8 Uhr Abend: Gemeinschaftliches Abendbrot, Concerto 10 Sgr. und Konzert im Bahnhofsgarten. Billet pro Person 5 Sgr. Für diejenigen Herren, welche sich am gemeinschaftlichen Abendbrot beteiligen wollen, kostet das Eintrittsbillett 10 Sgr.

Mittwoch, den 23. Juli, 2 Uhr Nachmittags: Fahnenweihe auf dem Wilhelmusplatz.

3 Uhr Nachmittags: Abmarsch nach dem Vistoriaparade zum Fest im Freien — Gefang. Konzert von 2 Musikkören, Brillant-Feuerswerk &c. Billet pro Person 5 Sgr.

Donnerstag, den 24. Juli, 7 Uhr Abends: Konzert im Stadttheater. — Billets zu den Sperrten 10 Sgr. und zur Gallerie 3 Sgr.

Passe-Partout-Billets für Familien von drei Personen à 1 Thlr. 10 Sgr., für eine Person à 20 Sgr. und Einzelne für das gemeinschaftliche Abendbrot im Bahnhofsgarten à 10 Sgr. sind zu haben in der Buch- und Musikalienhandlung von Bote & Bock, in der Buchhandlung von P. Türk, sowie bei den Herren Dittschi-Kommisarius Werk und Zahlmeister Weiche; die Billets zu den einzelnen Feierlichkeiten in den obigen Buchhandlungen in den Konditoreien von Hundt auf dem Markte und gr. Gerberstraße, sowie an der Tageskasse.

Die Billets für das Konzert im Stadttheater sind nur in der Buch- und Musikalienhandlung von Ed. Bote & C. Bock zu haben und sind hier auch die zu den Passe-Partout-Billets gehörenden Billets für das Theater-Konzert, deren Auswahl den Abonnenten überlassen bleibt, gegen Vorzeigung der Passe-Partoutbillets zu empfangen.

Au dem gemeinschaftlichen Abendbrot im Bahnhofsgarten dürfen nur Herren Theilnehmen.

Das Fest-Komitee.

Zu dem bevorstehenden Provinzial-Sängerfest haben sich bereits über 300 auswärtige Sänger angemeldet.

Vertraut auf die Gastfreundlichkeit unserer Mitbürger, welche sich bereits bei den früheren Gefangenfesten so glänzend bewährt hat, hoffen wir auch dieses Mal eine zahlreiche Beteiligung bei der gärfreien Aufnahme unserer auswärtigen Gäste zu finden und bitten alle Freunde der Sangeskunst, die Zahl der Sänger

zu dem bevorstehenden Provinzial-Sängerfest

findet Sonntag den 20. statt.

C. A. Schröder, Chemifer.

Donnerstag, den 17. Juli e., zum Abendbrot Entenbraten bei

A. Kuttner, II. Gerberstraße.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 15. Juli Brm. 8 Uhr 1 Fuß 2 Zoll.

= 16. = = 1 = 2 =

auswärtige

Fonds.

Gefüllte

Fonds.

Freiw. Anleihe 4½ 101½ b3

Staats-Anl. 5 108½ b3

do. 50, 52 konv. 4½ 100 b3

do. 54, 55, 57, 59 4½ 102½ b3

do. 1856 4½ 102½ b3

1859 4 100 b3

Präm. St. Anl. 1855 3½ 123½ b3

Staats-Schuldch. 3½ 90½ b3

Kur.-Neum. Schuldv. 3½ 90½ b3

Berl. Stadt-Dbl. 4½ 102½ b3

do. 3½ 90½ b3

Berl. Börseh. Dbl. 5 104 b3

Kur. u. Neu. 3½ 93 b3

Märktische 4 101½ b3

Ostpreußische 3½ 88½ b3

do. 99½ b3

Pommersche 3½ 92 b3

do. neue 4 101½ b3

Posensche 4 105 b3

do. 3½ 98½ b3

do. neue 4 99½ b3

Schlesische 3½ 94½ b3

do. B. garant. 3½ —

Westpreußische 3½ 88½ b3

do. 4 99½ b3

do. neue 4 —

Kur. u. Neumärk. 4 100 b3

Pommersche 4 99½ b3

Preußische 4 99½ b3

Rhein.-Westf. 4 100½ b3

Sächsische 4 100½ b3

Schlesische 4 100½ b3

Leipziger Kreditb. 4 78 etw b3 u G

do. IV. S. v. St. gar. 4½ 101½ b3

do. V. St. gar. 4 101½ b3